Ausgabe für Groß-Berlin
Abendblatt

Preis 800 Mark

Deutsche Allgemeine Zeitung

Tägliche Rundschau

Mittwoch
18. Juli 1923

Chefredakteur Professor Dr. Paul Lensch. Schriftleitung und Verlag: Berlin SW 48, Wilhelmstr. 30—32. Fernsprecher: Amt Nollendorf 4783—88, 5980—88. Postscheck: Berlin No. 107941. Die „DAZ" erscheint Sonntags und Montags zweimal, an zweimal täglich. Man bestellt beim Verlag. Bezugspreis 46000 ℳ monatl.

In Fällen höherer Gewalt, von Betriebsstörung, von Streik oder erzwungener Einstellung des Betriebes besteht ein Anspruch auf Nachlieferung oder Rückzahlung eines Entgelts. Tagespreis für Anzeigen 6000 ℳ die 23 mm breite mm-Zeile. Behördliche anzeigen werden nach besonderem Tarif berechnet.

18. 7. a Nr. 329 800
62. Jahrgang.

Der polnische Notenkrieg.

Von unserm Berichterstatter.

C. H. **Kattowitz**, 15. Juli.

Seitdem die Regierung Sikorskis in Warschau durch das Kabinett der Korfantyleute, insbesondere mit dem Freunde Korfantys, Seyda, als Außenminister, abgelöst worden ist, belehen Handlungen der polnischen Minister und Staatslenker, Noten und allerlei Reden fortgesetzt die Politik des Ostens in einer Weise, die auf die Dauer recht beschwerlich wirken muß. Die deutschfeindliche Rede des polnischen Staatspräsidenten Wojciechowski in Kattowitz wurde alsbald durch allerlei Noten der Warschauer Regierung, die dann durch deutsche Noten beantwortet wurden. Aus dem gegenseitigen Notenwechsel wurde so etwas wie ein Notenkrieg, der nur noch dadurch verschärft wird, daß die gleiche polnische Regierung auch in einen Notenkrieg mit der Tschechoslowakei geraten ist.

Die polnischen Noten an Deutschland drehen sich mehr oder minder um Oberschlesien. Der äußere Anlaß zur ersten Note Polens war eine Rede des preußischen Ministerpräsidenten Braun im preußischen Landtage. Diese polnische Note wurde durch eine deutsche Verbalnote beantwortet, in der in ausführlicher Weise eine Reihe von Punkten aufgezählt wurden, die alle nicht für eine friedliche Politik Polens gegenüber Deutschland sprechen und die nur noch die Rede des polnischen Staatspräsidenten in Kattowitz ergänzen können. Eine Schwäche dieser deutschen Note lag lediglich darin, daß gerade diese Rede des polnischen Staatspräsidenten, deren Wortlaut durch den genau gleichen Text in allen polnischen Blättern unzweifelhaft feststand, nicht erwähnt wurde. In der deutschen Note wurde im übrigen betont, daß sich die deutsche Rechtsverwahrung gegen diejenigen Maßnahmen richtet, die die Verantwortung für die Teilung Oberschlesiens tragen, daß die verantwortlichen deutschen Regierungsstellen sich auch bei den Gedenkfeiern aus Anlaß der oberschlesischen Teilung korrekt benommen haben, daß dagegen polnische Zuständigkeiten fortgesetzt in Reden, Entschließungen und Erklärungen an die Eroberung von Westoberschlesien erinnern; daß sie von der deutschen Öffentlichkeit sprechen und daß die Verbände der Insurgenten fortgesetzt militärische Übungen zum ausgesprochenen Zwecke von Provokationen für eine Lösung der Frage durch tätliche gewaltsame Aneignung von Westoberschlesien abhalten. Schließlich wurde in der deutschen Note noch gesagt, daß in einem Aufruf der Pressechefstellung der Warschauer Wojewodschaft, also einer amtlichen Stelle, gesagt war: „Gedenken wir der Brüder, die noch in der Knechtschaft leben."

Diese letzten Sätze bestreiten die polnischen Organe in ihrer Fortsetzung des Notenkrieges. Auch der deutschen Presse Oberschlesiens wurde eine amtliche Erklärung übermittelt, wonach jener zuletzt zitierte Aufruf nur durch ein Versehen des Kurjerny Poranny als amtliche Auslassung der Wojewodschaft bezeichnet worden sei. Als man nämlich sah, daß durch eine derartige Erklärung eine höchst peinliche Dummheit begangen worden war, mußte jene polnische Zeitung feierlichst erklären, daß der darauf vom Generalkommissar Grazynski mit bestimmter Feier und nicht von der Wojewodschaft herrühre. Dadurch kann für die polnische Darstellung jedoch nichts gerettet werden, denn in jenem Hauptkommissar faßte ja auch die Leiter aller polnischen Behörden! Alle übrigen noch in der deutschen Note erwähnten Vorgänge hat man in der polnischen Antwortnote unterschlagen, weil sie nicht zu entkräften sind, oder doch mit den sadenscheinigsten Ausreden zu erklären versucht. So heißt es an einer Stelle in der polnischen Note sprechenden Leiter einer deutschen Organisation wandten mit der Frage: Wo kommen wir zum Verbrechertum der Insurgenten? Die Bewaffnung der Insurgenten sind und die umfangreichen militärischen Übungen der Aufständischen bei Tag und Nacht vermag man nicht zu bestreiten.

Eine unerwartete Unterstützung ist dem Deutschtum durch die — Tschechoslowakei geworden. In einer heftigen Polemik gegen den polnischen Außenminister sagt das Prager Blatt des tschechischen Außenministers Benesch: Bei einer von Polen erzwungenen Aussprache vor dem Völkerbund werden wir Material dafür beibringen, wie Polen seine Minderheiten, seine Deutschen, Ruthenen und Letten behandelt." Das waren recht peinliche Erinnerungen für die Warschauer mehr oder minder kosmopolitische Regierung, der nach einer in den letzten Tagen hier vielfach zitierten Pariser Aeußerung die folgende Aufgabe zugefallen sollte: „Aufgabe der polnischen Diplomatie ist es, eine Liga aller aus den Friedensverträgen neu oder gestärkt hervorgegangenen Staaten im Osten gegen Deutschland zustande zu bringen." Die jetzige Warschauer Regierung mit ihrem Notenkrieg nach allen Fronten wird diese für von Paris zugewiesene Aufgabe jedenfalls nicht erfüllen können. . . .

Frankreich und Sowjetrußland.

Paris, 18. 7. Der Senator De Monzie tritt am 21. Juli eine Studienreise nach Rußland an. De Monzie wurde wiederholt als künftiger Botschafter Frankreichs bei der Sowjetrepublik genannt.

Baldwin bleibt fest.

Amerika verspricht kräftigste Unterstützung.

Gp. **London**, 18. 7. (Eigenbericht.)

Pariser Meldungen erklären die taktische Verlegung der Genfer Rede und die freundlichere Sprache der französischen Presse mit der Ansicht, daß unter dem Druck der Ein Ruhr- das Vorhaben und die Haltung Baldwins sich zu Frankreichs Gunsten ändern könne. Dahingehende Versuche scheinen unzweifelhaft im Gange zu sein, aber Baldwins Feldleben in allen Hauptpunkten gilt als gesichert. Die Mitteilungen über den Antwort-Entwurf sind reinste Benutzungen.

Washingtoner Depeschen versprechen kräftigste Unterstützung des Antwort-Entwurfs durch das Staatsdepartement.

Das englische Kabinett prüft Lord Curzons Entwurf.

London, 18. 7. (W. T. B.) Den Blättern zufolge wird der gestern von Lord Curzon festgestellte Entwurf der Antwortnote an Deutschland heute vom Kabinett geprüft werden. Ueber die Frage, ob die Prüfung durch das Kabinett schon heute werde beendet werden können, ist man geteilter Ansicht.

Der parlamentarische Berichterstatter der „Times" schreibt, der Entwurf der Antwort auf die deutsche Note werde in England wohl nicht veröffentlicht werden, bevor er von den Alliierten erwogen worden sei. Premierminister Baldwin habe seinergzeit die zweite Lesung der Consolidated Funds Bill als geeignete Gelegenheit zu einer allgemeinen Debatte über die Lage bezeichnet; es sei jedoch fraglich, ob zur Zeit dieser Beratung, nämlich am nächsten Mittwoch oder Donnerstag, sämtliche Alliierte bereits geantwortet haben werden.

Der Konflikt in der englischen Arbeiterpartei.

London, 18. 7. Ramsay Mc. Donald, der Führer der parlamentarischen Labour Party, suchte gestern die vier auf Parteiausschließung Abgeordneten zu veranlassen, sich vor dem Parlament zu entschuldigen. Die Bitte Mc. Donalds wurde abgeschlagen. Man nimmt an, Ramsay Mc. Donald werde von der Regierung die Gelandnis erbitten, daß die vier Abgeordneten den Sitzungen des Parlaments wieder beiwohnen können, auch wenn sie keine Entschuldigungen gestellt haben.

Vertagung der Tangerkonferenz.

London, 18. 7. (W. T. B.) Wie Reuter erfährt, haben die Sachverständigen Frankreichs, Englands und Spaniens ihre Besprechungen in der Tangerfrage bis zum 22. August vertagt.

Einer Mitteilung des „Journal" zufolge hatten die Vertreter Spaniens strenge Weisung erhalten, den französischen Standpunkt, der auf die Unterstellung der Stadt Tanger unter die Oberhoheit des Sultans hinauslaufe, energisch zu bekämpfen und als letzten Ausweg die Internationalisierung der Stadt zu billigen.

Wiedereröffnung der Nationalversammlung von Angora.

Paris, 17. 7. (E. U.) Wie „Journal des Débats" mitteilt, wird die Nationalversammlung von Angora am Tage der Unterzeichnung des Friedensvertrags von Lausanne wieder eröffnet werden.

London, 17. 7. (W. T. B.) Reuter meldet, daß die vier Zerstörerflottillen, die Konstantinopel passierten, mittelländischen Flotte zugeteilt worden seien, demnächst nach England zurückkehren werden.

Erste Entscheidung der deutsch-amerikanischen Kommission.

e. **New York**, 18. 7. (Eigenbericht.) Die gemischte deutsch-amerikanische Kommission hat die Forderung der International Harvester Company auf Auszahlung der in deutschen Banken beschlagnahmten Gelder in Höhe von 3 315 706 Dollar, einschließlich aufgelaufener Zinsen, bewilligt. Es ist dies die erste endgültige Entscheidung der Kommission. Diese betonte, daß der gegenwärtige Fall keine strittige Frage berühre und daß zu seiner Erledigung die Anrufung eines Schiedsrichters nicht erforderlich sei.

Tod des Berliner tschechischen Militärattachés in Paris.

S. **Paris**, 18. 7. (Eigenbericht.) Der Militärattaché der tschechischen Republik in Berlin, der 46 Jahre alte Oberst Emil Hudl, wurde in einem Pariser Hotel, wo er seit einigen Tagen abgestiegen war, gestern tot aufgefunden. Die Leiche ist beschlagnahmt worden.

Die Vertretung der tschechoslowakischen Republik in Berlin konnte auf vorgenommene Erkundigungen hin keine weiteren Einzelheiten angeben.

Nauen—Kaschgar drahtlos.

London, 18. 7. (Eigenbericht.) Wie „Times" melden, hat die Pekinger Regierung in Kaschgar, der westlichen Hauptstadt von Chinesisch-Turkestan, eine große drahtlose Station errichten lassen. Auf dem Nauen von 1200 Kamelen wurde das Material einschließlich der Dieselmotoren an Ort und Stelle gebracht.

Am 23. Mai kommt der leistungsfähige Empfänger Nauen, Taschkent, Rangoon, Colombo usw. aufnehmen. Nauen geb mehrere Privatnachrichten, sodann die Ernennung Baldwins zum Ministerpräsidenten. Es muß hervorgehoben werden, daß die schweren Maschinenteile über 2000 Kilometer meist durch endlose Wüste transportiert werden mußten.

*

Daß die Station in Kaschgar Meldungen aus Nauen aufnimmt, ist keine besondere Leistung bei den heute vervollkommneten Apparaten, die schon weitere Strecken überbrumt haben. Der Transport und die gebrauchsfertige Installation der Station ist bemerkenswerter.

Kläglicher französischer Rückzug.

Fortgesetzte Verschleppungstaktik.

Gp. **London**, 18. 7. (Eigenbericht.)

Der schlimme Eindruck, den die Rede Poincarés in Brüssel gemacht hat, veranlaßt die Herren in Paris, einen etwas anderen Ton anzuschlagen und nun zu erklären, die Rede in Genf habe nur einer akademischen Charakter getragen und dürfe keinesweges als Antwort auf die Baldwinsche Erklärung aufgefaßt werden. „Gegenüber dieser Verleidigung betont die „Westminster Gazette" aber mit Recht: Die erste Minister eines Landes könne in Fragen der hohen Politik nicht öffentliche Erklärungen abgeben, als wenn er eine Privatperson wäre, und wenn die Rede keine Antwort gewesen sei, so müsse sie doch als Ausdruck von Poincarés ersten Gedanken über die britische Initiative aufgefaßt werden. Wenn der zweite Gedanke anders ausfallen sollte, so wäre das allerdings sehr erfreulich.

Natürlich steckt hinter dem veränderten Ton das alte Spiel, das die Verschleppungstaktik dadurch zu fördern sucht, daß man den englischen Staatsmännern im letzten Moment immer wieder Hoffnung macht, man werde noch mit sich reden lassen. So verstehen der Pariser Vertreter des „Time" mit seiner Freude: Man habe ihr auf Grund unbedeutender Autorität informiert, die französische Regierung werde die britische Note nicht nur sorgfältig prüfen, sondern man werde sich sehr ernst bemühen, sie zu verständigen suchen. Er hätte hin zusetzen können: Die sorgfältige Prüfung werde so lange dauern, wie die britische Geduld ausreicht, und der nächste Versuch werde ein Versuch sein, doch eine Kapitulation Englands vor den französischen Standpunkt herbeizuführen. Denn dieser Standpunkt ist völlig unvereinbart was selbst die letzten Brüsseler Meldungen nicht verhehlen können. Frankreich darauf läuft sie hinaus, wird mit sich reden lassen, wenn England folgende drei Grundsätze anerkennt: 1. Der passive Widerstand muß aufhören, bevor Unterhandlungen anfangen können; 2. Frankreich muß die ganzen Kosten des Wiederaufbaues der verwüsteten Landstriche erhalten, und 3. Frankreich bleibt im Ruhrgebiet, bis alles bezahlt ist.

Der diplomatische Mitarbeiter des „Daily Herald" betont gegenüber der französischen Unversöhnlichkeit, daß er England vor einer Verletzung des Versailler Diktats warne: Die Rechtsbasis der englischen Regierung erkennen in der französischen Ruhrbesetzung eine Verletzung des Versailler „Vertrages", und er fährt fort: Eine dahingehende Mitteilung war kaltschlich in dem ersten Entwurf von Lord Curzons Antwortnote vorgesehen worden und ist seinen Angenblick, in der Kabinettssitzung vom Donnerstag, wurde beschlossen, diesen Passus neben ein paar anderen auszumerzen. Wenn das wahr ist, so wird Baldwin es wohl bereits bedauern, daß er seinen Ein-Ruhr-Plan nachgab, denn solches Nachgeben wird Poincaré nur dazu bestärken, daß die große Mehrheit des britischen Volkes seine Politik billige und daß nicht Baldwin das britische Volk repräsentiere, sondern „Papa Rothermere" und „Mama Beatbrit".

Alle hiesigen Informationen gehen dahin, daß in der öffentlichen Meinung Belgiens eine Aenderung bezüglich der Auffassung des Ruhrgebiets eingetreten ist und daß von der Lesbe recht hat, wenn er in der „Depêche de Toulouse" schreibt, daß aus der Minderheit der Ruhrgegner im Januar im Laufe von sechs Monaten eine Mehrheit geworden ist. Man glaubt hier sogar, daß Belgien alles aufbieten werde, um der Notwendigkeit zu entgehen, gegen England und Frankreich wählen zu müssen, daß es sich aber im Notfalle für England entscheiden werde.

Der „aufgeklärte" Benesch.

Paris, 17. 7. (W. T. B.)

Der tschechoslowakische Minister des Aeußern Benesch erklärte heute einem Mitarbeiter der „Agence Havas", er habe bei seinem Besuch an eine Lösung der Reparationsfrage, vor allem an den Stand der alliierten Politik gegenüber diesem Hauptproblem gedacht. Die Reparationsfrage sei eine Frage, an der ganz Europa, besonders aber Mitteleuropa, interessiert sei. Es sei also natürlich, daß er sich über die augenblicklichen Ansichten der westlichen Alliierten über die Reparationspolitik unterrichte. Das sei einer der Hauptzwecke seiner Reise gewesen, und er kehre noch seiner Heimat als ein um über die Lage Aufgeklärter zurück.

Benesch teilte mit, daß er morgen nach Brüssel reisen werde, um sich mit den belgischen Ministern über die sein Land und Belgien besonders interessierende Frage des Abschlusses eines Handelsvertrags zu unterhalten. Der Minister sprach sich sodann über die tschechisch-deutschen Handelsvertragsverhandlungen optimistisch aus. Das alte Abkommen sei vorläufig bis zum 30. August verlängert worden, und er hoffe, daß in einigen Tagen der Text eines neuen Abkommens festgelegt werde.

Frankreich und die rheinischen Landesverräter.

S. **Paris**, 18. 7. (Eigenbericht.) Die „Humanité", das Organ der französischen Kommunisten, veröffentlicht heute eine Meldung, die nicht unterstrichen erscheint, wenn ihr auch zweifellos starke Tendenz zugrunde liegt. Danach treffe Frankreich nach wie vor im besetzten Gebiet alle Vorbereitungen zur Ausrufung einer „Rheinischen Republik". Die Besatzungsbehörden hätten die Ausrufung bis zum 26. Juli nur deshalb verlängert, weil die ursprünglich für den 14. Juli vorgesehene Ausrufung wegen der bekannten Gutsällungen nicht erfolgen konnte und auch innerhalb der Rheinischen Republikanischen Partei starke Meinungsverschiedenheiten, über die bereits berichtet wurde, aufgetreten seien.

Pariser Kombinationen.

Neue Zusammenkunft Poincaré — Theunis.

S. **Paris**, 18. 7. (Eigenbericht)

Die Londoner Korrespondenten der Pariser Blätter fahren fort, die Formulierung der englischen Antwort als schwierig darzustellen. Offenbar sind einige dieser Berichte, wie z. B. der des „Echo de Paris", stark tendenziös gefärbt. Es heißt darin u. a., daß innerhalb des englischen Kabinetts vollständige Verwirrung herrsche. Ueber die Bereitwilligkeit Deutschlands zur Aufgabe des passiven Widerstandes hätte die englische Regierung durch ihren Geschäftsträger in Berlin, Addison, „sehr hoffnungsvolle" Erklärungen erhalten. Man wolle Deutschland einfach eine Aenderung des Besatzungsregimes offenlassen, ohne sie jedoch formell zu besprechen. Trotzdem oder müsse sich Frankreich England gegenüber verpflichten, „einige seiner Maßregeln" im Ruhrgebiet abzuändern. Das Blatt betont noch einmal, „wenn die Reichsregierung ihre Verordnung zum passiven Widerstand zurückziehe und die Reichsbank aufhören würde, diesen durch Gelder zu unterstützen (?)", so könnte der Ruhrkrieg nicht mehr lange dauern. Der „Matin" schreibt, die Entscheidung in London habe deshalb noch nicht erfolgen können, weil das Kabinett sich noch nicht entschieden müsse. Von den zwei vorliegenden Entwürfen sehe der eine die Entscheidung des Reparationsproblems durch den Völkerbund vor.

Man rechnet in Paris allgemein damit, daß die englische Antwort in Paris am Donnerstag oder Freitag angestellt wird. Nach wie vor wird auf die Haltung Belgiens großes Gewicht gelegt. Verschiedene belgische Botschafter wurde nach Brüssel berufen, wo er, wie es heißt, Besprechungen mit Theunis und dem Justizminister Vandervelde hatte. Es verlautet, daß die Besprechungen zwischen Poincaré und Theunis unmittelbar nach Zustellung der englischen Antwort stattfinden wird. Man spricht ausdrücklich von Freitag, glaubt jetzt aber nicht mehr, daß sich die Zusammenkunft bis dahin ermöglichen läßt. Da Theunis wegen des belgischen Nationalfeiertages am Sonnabend in Brüssel unabkömmlich ist, glaubt man jetzt, daß die Zusammenkunft erst Anfang nächster Woche stattfinden wird.

Zu der Haltung Englands schreibt heute morgen das „Journal industriel": Das Ziel der englischen Diplomatie besteht nicht darin, die Unterschrift vom Versailler „Vertrag" zurückzuziehen, sondern darin, in der Diskussion zwei Auslegungen des Versailler „Vertrages" zu schaffen, eine englische Auslegung, der sich auch die anderen Staaten anschließen dürften, und eine französische Auslegung, die Frankreich sichere. Das Ergebnis wäre dann, daß die Meinungsverschiedenheiten in der Auslegung des „Vertrages" diesem „Vertrag" für Frankreich die Macht einer gemeinsamen „Sanktion" nehmen würden, ohne jedoch England der Vorteile zu berauben, die es daraus ziehen müßte. Daraus geht also deutlich die Schwäche eines internationalen Akts hervor, der auf juristischem, aber nicht auf politischem Boden ruht.

Der Vatikan und das englische Palästinamandat.

Rom, 18. Juli.

Es verlautet hier, daß der Vatikan neue Verhandlungen mit der englischen Regierung angeknüpft hat, um eine befriedigende Lösung der Frage des Mandates und des Besitzes der heiligen Orte in Palästina zu erzielen. Voraussichtlich wird sich der Völkerbundsrat mit dieser Frage in seiner nächsten Sitzung beschäftigen.

Wie aus Jaffa gemeldet wird, kam es zu einem Auftritt jüdischer Einwanderer in Palästina, die keine Arbeit gefunden hatten. Die Militärbehörden in Lud spielen Jaffa und Jerusalem erhalten das Eingreifen der englischen Militärpolizei, die mit Hilfe von Kraftlastern und Panzerautos die Ruhe wiederherstellte. 15 Personen wurden mehr oder weniger schwer verletzt, mehrere Verhaftungen vorgenommen.

*

Der englische Oberkommissar Sir Herbert Samuel, der kürzlich durch Zufall einem Attentat in Palästina entging, weilt seit einiger Zeit in London zu Besprechungen mit der britischen Regierung. Bei dieser Gelegenheit führte der „Daily News" eine sehr offene Sprache und wies mit überraschender Deutlichkeit nach, daß es England bei Begründung des jüdischen Staatswesens aber auch nicht im geringsten um das Wohlergehen der semitischen Rasse tausend israelitischen Weltbürgern zu tun gewesen sei. Das von England belegte Palästina bedeute weiter nichts als einen Schauplatz zur Betätigung des Spekulanten. Deshalb selle man auch die Rückkehr nicht so weit treiben, daß man einen israelitischen Oberkommissar nach Jerusalem schicke. Man solle einen Briten vom reinsten Wasser nehmen, der nichts anders wie britische Politik treibe.

Fünf Deutsche den Henkern ausgeliefert?

Ein unerhörter Vorwurf gegen die Essener Polizei.

Gp. **London**, 18. 7. (Eigenbericht.)

Der Düsseldorfer Vertreter des „Daily Telegraph", der allerdings kaum mehr ist als das Sprachrohr der französischen Propaganda, sendet die unglaubliche, das deutsche Ansehen schwer schädigende Meldung, die Essener Polizei habe fünf Deutsche festgenommen, die beim Durchschneiden französischer Fernsprechleitungen abgesetzt worden seien, und sie den französischen Henkersknechten ausgeliefert. Die Franzosen erdrosseln in dieser Tätigkeit der deutschen Polizei die beste Rechtfertigung ihrer Terrorakte.

*

Diese Meldung, die sich auch in französischen Blättern findet, war Mittwoch mittag an dieser zuständiger Stelle zwar bekannt, eine Aufklärung über den Sachverhalt aber nicht zu erhalten, da erst Ermittlungen im Gange seien. Der „Temps" bringt die Nachricht in folgender Fassung: „Die deutsche Polizei in Essen hat den Besatzungsbehörden fünf Deutsche ausgeliefert, die im vergangenen Mai die militärischen Fernsprechleitungen zwischen Essen und Kray „sabotiert" hatten." Wir bezweifeln und zunächst mit der Wiedergabe dieser Nachrichten, die, wenn sie sich bewahrheiten, die größte Empörung hervorrufen müssen, und geben nur dem Wunsche Ausdruck, daß die wieder viel zu spät eingeleiteten Ermittlungen der zuständigen Stellen ehestens zu einem vollen Dementi führen mögen.

Bedeutende Erhöhung der Eisenbahntarife.

Beschlüsse des Reichseisenbahnrats.

In der heutigen Sitzung des Reichseisenbahnrates wurde über die Angleichung der Tarife an die Goldentwertung verhandelt. Vom 1. August ab werden erhoben je Kilometer in der 1. Klasse 3200 Mark (jetzt 400), in der 2. Klasse 1600 Mark (jetzt 200), in der 3. Klasse 525 Mark (jetzt 150 Mark), in der 4. Klasse 350 Mark (jetzt 100 Mark). Die Gütertarife werden um 150 % erhöht, das heißt, evtl das 2½fache. Eine Reise von hier nach Dresden wird dann im Personenzug 4. Klasse 63 000 M. kosten, gegenüber 3,60 Mark im Frieden.

Wann 1. September sollen bei der Eisenbahn weitbeständige Tarife geschaffen werden, das gleiche ist bei der Post beabsichtigt. In welcher Form das geschehen soll, steht vorerst noch nicht fest. Bei den Gütertarifen will man durch Spezialtarife für besondere Warengattungen und Versorgungsgebiete Erleichterungen schaffen.

Neuer Einbruch ins Hitlersche Schimmer.

Wie wir kurz vor Redaktionsschluß erfahren, ist in der Nacht zum Mittwoch erneut ein Einbruch in das Kaiser-Wilhelm-Palais Unter den Linden verübt worden — und wieder war das Arbeitszimmer des alten Kaisers mit seinem wertvollen Inventar das Ziel des Verbrechers, der, wie es scheint, der gleiche ist, der bereits einmal vor kurzer Zeit dieselbe Stätte heimsuchte.

Dem Einbrecher fielen, wie wir erfahren, in die Hände: ein roter Satinbezug mit weiß aufgestickten Kronen, eine silberne etwa 50 Zentimeter hohe Standuhr, an den Ecken mit Türmchen verziert, und eine Bronzefigur. Der Wert der geraubten Gegenstände beträgt mehrere Millionen Mark. Die Polizei ist gegenwärtig mit der Aufklärung des Verbrechens beschäftigt, jedoch liegen noch keine Anhaltspunkte über den Täter vor.

„Albert Ballin" trifft in New York ein.

hmu. **Hamburg**, 18. 7. (Eigenbericht.)

Nach einer von prächtigem Wetter begünstigten Reise ist der Dampfer „Albert Ballin" der Hamburg-Amerika-Linie mit Zapfenstreich pünktlichst am 15. Juli in New York eingetroffen. Das Schiff hat die Ueberfahrt mit einer Durchschnittsgeschwindigkeit von 15½ Seemeilen zurückgelegt und sich in allen Einrichtungen auf das beste bewährt. Die Stimmung unter den Passagieren war während der ganzen Reise ausgezeichnet.

Vom Deutschen Turnfest in München.

Der Aufmarsch der deutschen Turnvereine.

Frankreich an der Ruhr.

Von
Pierrepont B. Noyes.

Der frühere amerikanische Vertreter in der Rheinlandkommission veröffentlicht in der „New York World" eine Artikelserie über den Ruhrkrieg, in der die Eindrücke seiner jüngsten Europareise niedergelegt sind. Der nachstehende Aufsatz kennzeichnet den französischen Standpunkt.

Ich habe die Lage an der Ruhr während der letzten Tage vertraulich mit Franzosen besprochen, die eine führende Rolle gespielt haben, um Frankreich zum Siege zu verhelfen, mit Männern, die noch immer bei den Friedenskonferenzberatungen zugegen sind. Wehrere von ihnen werden in nicht ferner Zeit eine wichtige Aufgabe haben, die die Klugheit und den Mut der weitesten Staatsmänner Frankreichs erfordern dürfte. Hier in Frankreich habe ich die Beziehungen wieder aufgenommen, die ich vor drei Jahren abgebrochen hatte, und glaube eine ziemlich richtige Anschauung der Lage, vom französischen Standpunkt aus, bekommen zu haben.

In Amerika ist viel darüber diskutiert worden, ob eigentlich die europäische Lage sich befestigen wird. Die Einzelheiten hinsichtlich der Grenzen wie liegen noch in zu weiter Ferne, um von dem amerikanischen Volke ernsthaft in Betracht gezogen zu werden. Aber wir sind alle auf das höchste interessiert, nicht nur an den Fortschritten in bezug auf den zukünftigen Frieden, sondern noch weit mehr an der Lage, so lange verhängsvollen Teilung der wirtschaftlichen Lage Europas. Wir alle wissen, daß eine solche Teilung existieren muß, ehe an eine Aufnahme des Handels in Europa und in Amerika gedacht werden kann. Sie muß jedoch sehr bald eintreten, denn sonst ist uns Sicherheit damit zu rechnen, daß sich die wirtschaftliche Lage noch weiter verschlechtert. Aus der sodelhaften Propaganda und dem internationalen Wust herausgeschält, ergibt sich, daß während des letzten Jahres eine Stabilisierung der einzuhaltenden Taktik eingetreten ist; vom französischen Standpunkt aus hat sich die Lage sogar wesentlich verbessert.

Die gesamte französische Nation ist entschlossen, die Gewaltpolitik durchzuführen, wenigstens herrscht im französischen Volke das größte Vertrauen, daß diese Gewaltpolitik zum Ziele führen wird. Wie immer die Tatsachen liegen mögen, das französische Volk ist der Ansicht, daß Deutschland erdrosselt und es auf diese Weise allmählich dahin bringen zu können, daß es, zum Aeußersten getrieben, nachgeben müsse. Man ist allerdings etwas enttäuscht, daß es doch verhältnismäßig lange dauert, ehe die Deutschen am Boden liegen. Im großen und ganzen jedoch hat die große Masse des französischen Volkes die feste Zuversicht, daß es nur ein Ende geben könne, und daß sich die deutschen Großindustriellen ebenso wie die deutsche Regierung sich bedingungslos unterwerfen müssen. Das französische sogenannte „Peace-Bar" Tuch hat, wie schon, eine sehr bestimmte Richtung angenommen. Erfolge mögen weniger einfach sein, jedoch hängt das von Deutschland ab, und ich bin bis jetzt noch nicht in Deutschland gewesen.

Während die Franzosen in der Ruhrkrage einig zu sein scheinen, gehen ihre Ideen über die Ausführung auseinander. Die Einfachheit der Situation liegt darin, daß Poincaré, der Architekt und Leiter der gegenwärtigen Politik, genau in der Mitte steht. Deshalb ist gegenwärtig ein dauerhaftes, neuen auch vielleicht unzweckmäßiges Gleichgewicht geschaffen, hervorgerufen durch den Kampf zwischen den Parteien.

Es mag paradox klingen, aber ich bin davon überzeugt, daß nur sehr wenige von denen, die heute in Frankreich eine Rolle spielen, Poincarés Politik anstehen. Die meisten neigen der Ansicht zu, er sei entweder zu nachgiebig oder er gehe zu scharf vor. Keiner jedoch wagt es, ihn und seine Anhänger in irgendeiner Weise anzugreifen oder gar zu verfuchen, die Regierung zu stürzen, denn sie besitzen ganz offen, daß die ganze Welt den Einfall in das Ruhrgebiet als Fehlschlag betrachten würde, wenn Poincaré durch eine neue Regierung ersetzt werden sollte. Dies würde eine Ermutigung sowohl für Deutschland als auch für diejenigen in England und Amerika bedeuten, die sich gegen die französische Machtpolitik aussprechen haben.

Abgesehen von den Sozialisten besteht noch der große Block der Linken, an dessen Spitze Loucheur steht, der allerdings zu patriotisch gesinnt ist, um irgend etwas zu unternehmen, was Poincaré in seinem Kampf gegen Deutschland schwächen könnte, der aber der Ansicht ist, daß nichts unversucht bleiben sollte, um die französischen Ansprüche so weit zu mildern, daß eine volle Einigung mit England sowohl wie mit Belgien herbeigeführt werden könnte. Dieser Ansicht nach sollte die Reparationsfrage zu einer regelrechten „Liquidation" Angelegenheit gemacht werden. Sie würde den englischen Standpunkt akzeptieren, Deutschland zu einem Angebot zu ermutigen, von dem es selbst überzeugt ist, daß die Einkunft es günstig aufnehmen und nicht etwa als Zeichen von Schwäche ansehen würde, um noch einschneidendere Forderungen zu stellen.

(Fortsetzung auf Seite 2.)

Die Flamisierung der Genter Universität.

Brüssel, 18. 7. Im Senat wurde die Diskussion über das Projekt der Flamisierung der Genter Universität wieder aufgenommen. Der Minister für Kunst und Wissenschaft, Wolf, verteidigte seinen Entwurf und erklärte, daß es wünschenswert sei, daß diejenigen, die auf der Genter Universität ihre geistige Ausbildung erhielten, vor allem Kenntnis der flämischen Sprache hätten. Aber es müsse auch die französische Sprache erlernt werden. Die Einigkeit der Flamen und Wallonen würde gefördert werden, wenn die französischen Oberschichten das Studium der flämischen Sprache aufgäben. Der Minister beendet seine Ausführungen mit den Worten: „Geben wir dem flämischen Volk, das während des letzten Krieges so schwer heimgesucht wurde, die Universität, in der es seine Sprache und seinen Geist kultivieren kann, wäre nur ein Akt der Gerechtigkeit."

bendere Forderungen zu stellen. Dieser „linke Flügel“ stützt die Regierung, wartet jedoch auf den Tag, wo das französische Volk mit Mißtrauen auf die französischen Maßregeln schauen und Führer suchen wird, deren gemäßigtere Pläne ein wirkliches Zusammengehen mit den ehemaligen Alliierten Frankreichs versprechen. Dieser Flügel kritisiert, applaudiert und wartet ab.

Dem rechten Flügel, von Tardieu geführt, paßt die von Poincaré angewendete Besetzungstaktik nicht, und er ist ungeduldig geworden. Er meint, es sei ein großer Fehler gewesen, das Ruhrgebiet unter dem Vorwand eines „wirtschaftlichen Einfalls“ zu besetzen. Diese Schwäche habe den deutschen Großindustriellen geholfen. Nichts sei erreicht worden und nichts werde erreicht werden können, bis die Deutschen das Gewicht eines offenen und brutalen militärischen Einfalls fühlten. Tardieu fürchtet, daß die deutschen Großindustriellen und die deutsche Regierung, beinahe auf unbegrenzte Zeit der ihrer Ansicht nach milde (Pussyfooting) Poinaré-Besetzung durchhalten könnten. Diese Extremisten würden die Zahl der Soldaten an der Ruhr vervierfachen, sie würden veranlassen, daß die deutschen Minen und die deutschen Fabriken unter Androhung ihrer Zerstörung arbeiten, und sie würden die Politik der Ausbeutung der Ruhr in einer durchaus rücksichtslosen Weise durchführen, genau so, wie es die militärischen Eroberer in Europa in den letzten 300 Jahren getan haben. Sie würden zum deutschen Grubenbesitzer sagen: Entweder Ihr fördert Kohlen für Frankreich oder wir übernehmen die Gruben, was so viel heißt, daß sie ersaufen. Sie würden zerstört! Diese Franzosen sind froh, daß Amerika sich dahin entschieden hat, Europa sich selbst zu überlassen. Sie erwarten nichts von uns und haben den Wunsch, absolut unabhängig von Großbritannien zu arbeiten. Sie sagen: Es ist viel geredet worden, daß andere Nationen für die Sicherheit Frankreichs sorgen würden und daß man Frankreich helfen wollte, von Deutschland die Reparationen einzutreiben. Jetzt erwarten wir nichts mehr von anderen Nationen, wir haben die Mittel, für unsere Sicherheit selbst zu sorgen, und werden zusehen, daß wir unsere Reparationen selbst einheben. Die Angehörigen des rechten Flügels halten mit ihrer Kritik gegen Poincaré nicht zurück und erwarten seinen Sturz. Sie warten auf der einen Seite genau, wie die Gemäßigten auf der anderen Seite warten, und rechnen damit, daß die Unfähigkeit, Resultate zu erzielen, demnächst die Leitung in ihre Hände spielen wird. Marschall Foch ist wohl derjenige Franzose, dem die gegenwärtige französische Ruhrpolitik am meisten mißfällt. Er sagt: Entweder geht hinein oder bleibt draußen. Er würde entweder eine Armee in das Ruhrgebiet schicken, die in wirksamer militärischer Weise vorginge, andernfalls würde er den Mißerfolg eingestehen und sich zurückziehen. Es ist nicht schwer zu erraten, welche Alternative ihm lieber wäre.

Ich bin der Ansicht, daß die Amerikaner obiges als eine genaue Beschreibung der Ruhrlage betrachten können, soweit Frankreich in Frage kommt. Ich habe diese Information weder durch flüchtige Bekanntschaften noch von Leuten, die ich zufällig auf der Straße kennengelernt habe, mir beschafft, sondern sie von Männern erhalten, die das Schicksal Frankreichs und Europas zu entscheiden helfen werden. Zwischen diesen beiden Extremen ist der Poincaré-Politik, sei sie nun wirklich zu schwach oder zu stark, Gelegenheit gegeben, zu zeigen, was sie kann. Der französische Ministerpräsident befindet sich in einer festen Stellung. Wenn Deutschland gezwungen wäre, Poincaré nachzugeben, müßte eine Besetzung der Ruhr und des Rheinlandes in bescheidenem Maße für eine Reihe von Jahren erwartet werden, während welcher Zeit Deutschland, schwer kämpfend, gezwungen oder überredet werden würde, Reparationen in Geld oder Waren zu zahlen. Die Linke würde meiner Ansicht nach in irgendeine Regelung willigen, sie würde auf Zahlung der Pensionen verzichten, die während der Friedenskonferenz so viel Staub aufgewirbelt hat und weder von Großbritannien noch von Amerika gebilligt wurde. Die Rechte würde keine Ansprüche aufgeben.

Die allgemeine Meinung in Paris geht dahin, daß, wenn die Deutschen imstande sind, noch weitere fünf oder sechs Monate auszuhalten, die politische Macht sich nach rechts drehen und daß dann die Daumenschrauben auf Deutschland angewendet würden und die Zerstörungswut beginnt, solange die Franzosen nicht in der Lage sind, Reparationen einzutreiben. Meine eigene Meinung (die von keinem großen Wert ist) geht dahin, daß, falls ein Wechsel vorgenommen wird, die Franzosen Loucheur und seinen gemäßigten Anhängern Gelegenheit geben werden, zu zeigen, was sie können.

Der Kampf in Europa ist damit sehr einfach, aber endgültig charakterisiert worden, wenigstens was Frankreich betrifft, was viele auf den Gedanken bringen könnte, daß ein Zusammenarbeiten mit Amerika nicht erforderlich ist. Diejenigen Amerikaner, die ernstlich wünschen, ein Zusammenarbeiten mit Europa zu vermeiden, können vorläufig erleichtert aufatmen. Es ist so weit gekommen, daß Frankreich, unser ehemaliger Verbündeter, es vorzieht, daß wir uns fernhalten. In den augenblicklichen Unternehmungen ist uns keine besondere Rolle zugeteilt worden.

Obiges ist vom französischen Standpunkte aus geschrieben worden. Der Trumpf ist noch nicht ausgespielt — was wird Deutschland tun?

Ich gehe nach Deutschland.

(Weitere Aufsätze folgen.)

Treugelöbnis für Ruhr, Rhein und Saar.

hom. Hamburg, 18. 7. (Eigenbericht.)

Ein gewaltiges Treugelöbnis für Ruhr, Rhein und Saar wurde von der Bevölkerung Groß Hamburgs abgelegt. Die Veranstaltung war einberufen vom Reichsverband der Rheinländer, vom Saarverein, von der Landsmannschaft Westfalen und dem Reichsverband der Ausgewiesenen in die große Ausstellungshalle des Hamburger Zoo. Aus allen Bevölkerungsschichten hatte sich eine mehrtausendköpfige Menschenmenge eingefunden. Im Namen des Hamburger Senats sprach Senator Dr. Petersen und sagte den Ausgewiesenen die tatkräftigste Unterstützung des Hamburger Freistaates zu.

Nach weiteren Ausführungen des Vizepräsidenten der Hamburger Bürgerschaft, Dr. Mantius, ergriff, stürmisch begrüßt, der ausgewiesene Oberbürgermeister von Duisburg, Dr. Jarres, das Wort. Er wandte sich in seiner Rede gegen die Gleichgültigkeit, die für die Leiden der Bewohner des besetzten Gebietes im unbesetzten Deutschland noch anzufinden ist. Er sagte dann: „Wir Deutschen in den besetzten Gebieten können wohl auch materielle Unterstützung gebrauchen, in erster Linie aber brauchen wir Unterstützung unserer Seele und des Willens.“ Er appellierte weiter an die Einsicht, endlich die Selbstsucht und die Parteisucht im deutschen Herzen zu ersticken.

Nach ihm sprach der Gewerkschaftssekretär Ommert aus Saarbrücken. Auch seine Rede gipfelte in einem Bekenntnis zur deutschen Heimat.

Die Versammlung nahm dann eine Entschließung an, in der das heilige Recht auf Selbstbestimmung für die bedrohten Brüder gefordert wird.

*

Paderborn, 18. Juli. Der Bischof von Paderborn, Dr. Kaspar Klein, zu dessen Diözese ein großer Teil des Einbruchsgebiets gehört, führte auf dem Rhein- und Ruhrhilfstag in Paderborn in einer Ansprache aus:

„Blut und Tränen der deutschen Bevölkerung bezeichnen den Vormarsch unserer Gegner. Die Einbruchsarmee, das möchte ich als Bischof erklären, hat sich mit einer ungeheuren Schuld beladen (sehr richtig!), einer Schuld so groß, daß sie zum Himmel schreit. Wir kennen das Wort Vae victis, wir haben es sattsam an uns selber kennen gelernt. Aber es gibt auch ein Vae victoribus! . . . Eine solche Zeit wie die jetzige legt uns ernste Verpflichtungen auf. Mit der Stimme des Gebetes müssen wir den Geist der Enthaltsamkeit und des Opfermutes verbinden. Mit der entfesselten Vergnügungs- und Genußsucht, mit dem Mammonismus und dem Egoismus muß in dieser ernsten Zeit aufgeräumt werden. Wir müssen aber auch ein einig Volk von Brüdern werden. In der Einigkeit liegt der Fortschritt, liegt Sieg und Triumph, in der Uneinigkeit liegt Zersplitterung und Niederlage. Gedenket der kämpfenden und leidenden Brüder an Rhein und Ruhr!“

Verband der Rhein- und Ruhr-Ausgewiesenen.

Der Deutsche Beamtenbund teilt mit:

Die sich in Groß-Berlin und der Provinz Brandenburg aufhaltenden Verdrängten von Rhein und Ruhr haben sich in Anlehnung an den Deutschen Beamtenbund zu einem „Verband der Rhein- und Ruhr-Ausgewiesenen, Ortsgruppe Berlin des Westausschusses des D. B. B.“ zusammengeschlossen. Die Leitung der Berliner Ortsgruppe liegt beim „Ausschuß der Rhein- und Ruhr-Ausgewiesenen beim Provinzkartell Berlin des D. B. B.“, Berlin C. 2, Neue Friedrichstraße Nr. 1, I, Fernruf: Alexander 3091, dessen Obmann Zollinspektor Tamm, Berlin W. 50, Bamberger Straße 53, ist. Die Zusammenkünfte der Ortsgruppe finden jeden zweiten Mittwoch im Monat um 8 Uhr abends im Restaurant Patzenhofer, Friedrichstraße, Ecke Taubenstraße, 1. Stock, statt.

Der Fuchs-Prozeß im Bayernparlament.

Sozialistische Anklagen.

Dr. Schweyer antwortet.

München, 18. Juli.

Im Bayerischen Landtag wurde gestern die über den Hochverratsprozeß Fuchs-Machhaus von den Sozialdemokraten eingebrachte Interpellation behandelt. Von der Regierung wurde Aufschluß verlangt, was sie zu tun gedenke, um den hochverräterischen gegen die Einheit des Reiches gerichteten Bestrebungen in Bayern wirksam zu begegnen.

Die Interpellation wurde von dem sozialdemokratischen Abgeordneten Sänger begründet. Frankreich habe gewisse Teile Bayerns als geeignete Bundesgenossen für diese seine Bestrebungen betrachtet. Frankreich werde aber in der deutschen Sozialdemokratie einen unerbittlichen Feind für seine Zerstörungspläne finden. Es stehe fest, daß die Hochverräter bei der Regierung und den ihr untergeordneten Organen aus- und eingegangen seien. (Präsident Königbauer ersucht den Redner um Zurückhaltung in seiner Kritik. Große Unruhe links.)

Die Fahnenweihen der vaterländischen Verbände und die Verbände selbst seien mit französischem Judasgelde bezahlt worden. Nach den Feststellungen des Gerichts seien mindestens 150 Millionen Frank an diese Verbände gegeben worden. (Lebhaftes Hört! Hört! links und große Unruhe. — Präsident Königbauer erklärte, er müsse es zurückweisen, wenn der Redner die Meinung ausdrücken wolle, als ob die vaterländischen Verbände mit dem Gelde zum Verrat angeregt worden seien.) Dem Minister des Innern warf der Redner vor, daß er Richert habe entweichen lassen. So lange die Regierung mit den Geheimorganisationen nicht aufräume, werde man auch mit derartigen hochverräterischen Unternehmungen zu rechnen haben.

Minister des Innern Dr. Schweyer

erklärte in Beantwortung der Interpellation, als der intellektuelle Urheber der ganzen verbrecherischen Pläne, mindestens aber als tatkräftigster Förderer seien die französische Regierung und in erster Linie Poincaré anzusprechen. Bei der Ausführung dieser Pläne handele es sich um verbrecherische Handlungen Einzelner, und den Hochverrätern sei es trotz aller Bemühungen nicht gelungen, irgendeine vaterländische Vereinigung als solche für ihre Zwecke zu gewinnen. Der Prozeß Fuchs habe auch gezeigt, daß in Bayern eine separatistische Bewegung als solche nicht bestehe, und daß nur einzelne Phantasten sich mit solchen separatistischen Zielen befaßten. Erfreulicher Weise seien die Bemühungen, auch offizielle Persönlichkeiten hineinzuziehen, erfolglos gewesen, und mit besonderem Nachdruck sei festzustellen, daß der durchsichtige Versuch, den Kronprinzen Rupprecht in die Angelegenheit hineinzuziehen, kläglich gescheitert sei.

Der Minister wies weiter die Vorwürfe wegen falscher strafrechtlicher Behandlung des Prozesses zurück, ebenso die Behauptungen, daß die bayerische Regierung von Richerts Aufenthalt und Treiben Kenntnis gehabt habe und daß sie ihn vielleicht nicht ungern hätte entkommen lassen. Trotz des Entkommens Richerts sei Frankreich als hauptbelasteter Teil aus dem Verfahren hervorgegangen.

Es liege nicht der leiseste Anhaltspunkt dafür vor, für die verbrecherische Tat von Fuchs und Genossen die vaterländischen Kreise verantwortlich zu machen.

Der Minister sprach den Wunsch aus, daß man darauf verzichten möge, diese oder jene Erscheinung parteipolitisch auszuschlachten. Man möge den Hauptnachdruck auf die Feststellung des Urteils legen: daß der Hauptschuldige im Prozeß der französische Imperialismus gewesen sei. Dann werde es auch nicht schwer fallen, alle Kräfte zusammenzufassen, um die teuflischen Pläne der französischen Politik zum Scheitern zu bringen. Die Regierung werde unbeirrt durch restlose Anwendung der Strafgesetze und durch Wachsamkeit den Bestand des Staates zu wahren wissen. (Lebhafter Beifall.)

Bei der Abstimmung über die Besprechung der Interpellation kam es im Hause zu großen Lärmszenen, so daß der Präsident die Sitzung vertagte. Die Besprechung wurde abgelehnt.

Flugwesen in Bayern.

Das bayerische Handelsministerium hat dem Landtag eine Nachtragsforderung von 300 Millionen Mark vorgelegt zur Förderung der Luftfahrt. Dadurch werde, so wird in der Begründung ausgeführt, die Aufrechterhaltung der Luftverkehrslinie München—Nürnberg—Leipzig—Berlin gesichert, die Verbesserung der beiden großen Flugplätze in Bayern finanziert und die Forderung des Segelfluges ermöglicht werden.

Ehrhardts Fluchthelfer.

Neue Verhaftungen.

rf. Leipzig, 18. 7. (Eigenbericht.)

Die Leipziger Polizei teilt amtlich mit, daß die Nachforschungen bei der Flucht Ehrhardts folgendes ergeben haben: Der Führer des zur Flucht benutzten Kraftwagens ist der Kaufmann Fritz Hermann Göz, geboren am 8. März 1899 in Plauen i. V., zuletzt in Leipzig-Stötteritz, Störmthaler Str. 1, wohnhaft. Göz ist etwa 1,65 Meter groß, hat blondes, hintergekämmtes Haar, kleinen Scheitel, frisches, längliches Gesicht ohne Bart. Bekleidet war Göz mit hellem Sommerjackett, hellgrauer Sporthose, grünem Sporthemd und braunen Ledergamaschen.

Als zweiter Helfershelfer kommt der Student Hans Massow von Prince, geboren am 5. Juni 1900 in Berlin, in Betracht. Massow von Prince muß sich längere Zeit vor der Flucht Ehrhardts in Leipzig aufgehalten haben, ohne polizeilich gemeldet zu sein. Er hat vermutlich in Wohnungen seiner Gesinnungsgenossen Unterschlupf gefunden. Im Gegensatz zu Göz, der nach dem Entweichen Ehrhardts in Leipzig nicht mehr beobachtet worden ist, ist Massow von Prince noch zwei Tage später, am 15. Juli, hier gesehen worden. Er wird wie folgt beschrieben: Er ist kleiner als Göz, schlank, mit dunklem Haar, dunkler Gesichtsfarbe, scharf hervortretenden Backenknochen. Göz und Massow von Prince sind bei der Polizei nicht unbekannt. Göz gehört der Deutschnationalen Volkspartei und dem Deutschen Herold an. Auch war er Mitglied der Orgesch. Massow hat im Jahre 1921, zur Zeit der Ermordung Erzbergers, in der Oberleitung der Organisation C in München gearbeitet und danach sein Tätigkeitsfeld nach Hamburg verlegt. Er saß dort wegen Geheimbündelei und eines Sprengstoffattentats auf eine sozialdemokratische Zeitung in Untersuchungshaft.

Von Interesse für die Ausführung der Flucht Ehrhardts ist die Feststellung, daß Göz in dem Fluchtauto

zwei Koffer mit Schußwaffen

mitgenommen hat. Im Laufe des heutigen Tages sind vom Polizeipräsidium mehrere Personen festgenommen worden, gegen die der Verdacht der Begünstigung besteht.

Von der Gefangenenanstalt in Dresden sind mehrere Oberwachtmeister nach Leipzig abkommandiert worden. Sie haben den Dienst der abgelösten und verdächtigen Beamten übernommen. Außer dem Direktor von Zeschwitz, der sofort am Sonnabend vom Dienst suspendiert wurde, sind noch mehrere Beamte der Leipziger Gefangenenanstalt ihres Postens enthoben worden.

Schwere Gewitterschäden in Pommern.

wg. Stettin, 18. 7. (Eigenbericht.) In den letzten drei Tagen gingen über Vor- und Hinterpommern schwere Gewitter nieder, die, da der Blitz in unzähligen Fällen zündete, großen Schaden anrichteten. Auf dem Gute Guest bei Greifswald geriet durch Blitzschlag das Arbeiterwohnhaus in Brand. Elf Familien konnten nur das nackte Leben retten. In Elmshagen wurden durch Blitzschlag drei Familien obdachlos. Auf zahlreichen Bauernhöfen in Vor- und Hinterpommern wurden die Viehställe ein Raub der Flammen. Viel Vieh kam um. In Lauenburg brannten sämtliche Gebäude eines Landwirts nieder. In zahlreichen Orten wurde die eben eingebrachte Heuernte ein Raub der Flammen. Auch in der letzten Nacht sind wieder schwere Gewitter niedergegangen, ohne daß sich die Temperatur wesentlich abgekühlt hätte.

Segelunfälle in der Ostsee.

wg. Stettin, 18. 7. (Eigenbericht.) Wie aus Wolgast berichtet wird, hat sich in der Nähe von Mahlzan ein schweres Segelbootunglück ereignet. Vom Reichswasserschutz wurde das Segelboot „Wolgast“, mit dem am Montag der Steinschleifer Dämerig mit seiner Frau, seiner zu Besuch weilenden Schwägerin und dem Lehrling Karl Morgenstern eine Segelpartie unternommen hatte, gekentert vorgefunden. Von den Insassen fehlte jede Spur.

Auch in der Wohlberger Bucht bei Wismar ereignete sich ein Segelbootunglück. Hier kenterte ein mit fünf Personen besetztes Segelboot. Zwei Herren konnten sich retten, während die beiden anderen und eine Dame ertranken. Die Ertrunkenen sind der Kaufmann Olbach, der Stadtsekretär Tesch und die Stenotypistin Krüger.

Wie aus Madrid gemeldet wird, kamen bei einer Explosion schlagender Wetter in Asturien 13 von 15 Bergleuten ums Leben.

*

Der deutsche Gesandte in Moskau, Graf Brockdorff-Rantzau ist nach Berlin abgereist.

Sozialpolitische Umschau.

Der Reichstag hat in seiner letzten Plenarsitzung den **Gesetzentwurf über Wiedereinstellungspflicht und Kündigungsbeschränkungen im besetzten Gebiet** verabschiedet. Der Gesetzentwurf, der auf der Reichstagsentschließung vom 16. Mai 1923 beruht, enthält tief eingreifende Bestimmungen, die zum Schutze der Arbeitnehmer des besetzten Gebietes gegen Entlassungen und zur Sicherung der Arbeitnehmer gegen Arbeitslosigkeit nach Beendigung der Ruhrbesetzung erlassen sind. Der Geltungsbereich des Gesetzes ist, nachdem der ursprüngliche Antrag der Sozialdemokratie, ihn auf das gesamte Gebiet des Deutschen Reichs auszudehnen, fallen gelassen war, beschränkt worden auf das besetzte Gebiet, das Einbruchsgebiet und die Randgebiete, zu deren näherer Bezeichnung die Reichsregierung ermächtigt ist.

Den Anspruch auf Wiedereinstellung sollen alle diejenigen Arbeitnehmer erhalten, die am 11. Januar 1923 in einem Betriebe der oben genannten Gebiete beschäftigt gewesen sind und inzwischen infolge der Ruhrbesetzung ausgeschieden sind. Jeder Arbeitnehmer, der nachweislich aus Gründen der Ruhrbesetzung entlassen worden ist, erhält seinen Wiedereinstellungsanspruch gegen den früheren Arbeitgeber von einem noch von der Reichsregierung zu bestimmenden Zeitpunkt ab, ohne Rücksicht darauf, ob er arbeitslos ist oder in irgendeinem Gebiet des Deutschen Reichs ein Arbeitseinkommen bezieht, das seinen wirtschaftlichen und Berufsverhältnissen angemessen oder nicht angemessen ist. Von der Wiedereinstellungspflicht befreit sind solche Betriebe, denen die Durchführung dieser Bestimmung infolge der besonderen Verhältnisse des Betriebes, wie Beschäftigungsmöglichkeit oder Wirtschaftlichkeit, nicht zugemutet werden kann. Den Wiedereinstellungsanspruch sollen ferner diejenigen Arbeitnehmer nicht geltend machen können, die fristlos von dem Arbeitgeber entlassen waren aus einem Grunde, der nach den gesetzlichen Bestimmungen zur Auflösung des Arbeitsverhältnisses ohne Einhaltung der Kündigungsfrist berechtigt. Desgleichen haben diejenigen Arbeitnehmer keinen Wiedereinstellungsanspruch, die nur zu vorübergehender Aushilfe oder für einen vorübergehenden Zweck oder versuchsweise eingestellt waren.

Der zweite Teil des Gesetzes beschäftigt sich mit den Entlassungsbeschränkungen des Arbeitnehmers in den gleichen Gebieten während der Dauer der Ruhrbesetzung, tritt also nach der üblichen Zeit der Verkündung im Reichsarbeitsblatt in Kraft. Danach soll grundsätzlich eine Kündigung eines Arbeitnehmers in den oben bezeichneten Gebieten unwirksam sein. Die Kündigung ist jedoch dann berechtigt, wenn der Arbeitgeber nicht in der Lage ist, selbst wenn ihm Mittel aus der Erwerbslosenfürsorge gewährt werden sollten, den Arbeitnehmer weiter zu beschäftigen. Eine Kündigung ist ferner möglich, wenn sie aus einem Grunde erfolgt, der nach dem Verhalten des Arbeitnehmers zur fristlosen Aufhebung des Dienstverhältnisses berechtigt, oder wenn der Arbeitnehmer nur zu vorübergehender Aushilfe oder für einen vorübergehenden Zweck oder versuchsweise angestellt war.

Die Ansprüche aus dem Gesetz sind, sowohl was den Wiedereinstellungsanspruch anlangt, als auch was den Schutz gegen die Kündigung betrifft, an eine gesetzliche Ausschlußfrist gebunden, nach deren Ablauf der Arbeitnehmer der Ansprüche aus dem Gesetz verlustig geht. Ueber den Anspruch selbst entscheidet das zuständige Gewerbe- und Kaufmannsgericht.

*

Mit Geltung für die nach dem 31. Juli bewirkten Lohnzahlungen ist in Abänderung der §§ 41 und 50 der bisherigen Durchführungsbestimmungen eine erleichterte und **vereinfachte Handhabung der Einkommensteuer vom Arbeitslohn** in der Weise zugelassen, daß, falls ein Arbeitgeber einen entsprechenden Antrag stellt, die Steuermarken statt bei jeder Lohnzahlung für Lohnzahlungen, die in der Zeit vom 1. bis 15. eines Kalendermonats erfolgen, bis zum 25. dieses Kalendermonats, für Lohnzahlungen in der Zeit vom 16. bis zum Schluß des Kalendermonats bis zum 10. des folgenden Kalendermonats eingeklebt und entwertet werden können. Die gleichen Termine und Fristen können auf Antrag für die Abführung (Einzahlung oder Ueberweisung) der einbehaltenen Beträge zugelassen werden. Gleichzeitig mit jeder Abführung hat der Arbeitgeber der für seine Betriebsstätte zuständigen Finanzkasse zu bescheinigen, daß der abgeführte Betrag mit dem Gesamtbetrag des innerhalb des betreffenden Zeitabschnitts einbehaltenen Arbeitslohnes übereinstimmt.

Die Brandenburgische Angestelltenjugend, die im Jugendbund des G. D. A. vereinigt ist, hält ihren diesjährigen Jugendbundtag vom 21. bis 23. Juli in Eberswalde ab.

*

Wie von amtlicher Seite mitgeteilt wird, sind Gerüchte, daß in Hamburg Cholerafälle vorgekommen seien, völlig aus der Luft gegriffen.

*

In Warschau streiken seit gestern die Metallarbeiter.

Der rote Tag.

Unentwegte Hetze der Kommunisten.

Trotz der väterlich besorgten Mahnungen des „Vorwärts“, der über das „blödsinnige Maulaufreißen der kommunistischen Presse“ nachgerade aus der Fassung zu kommen scheint, setzt diese ihr schmetterndes Fanfarengeblase zur Vorbereitung des 29. Juli in der bekannten Tonart fort. Dieser „Antifaschistentag“ präsentiert sich in den Mißtönen der Reklametrompete als ein höchst verdächtiges Gemisch von angeblich ganz harmloser Abwehrdemonstration und mehr oder weniger verhüllter Angriffsdrohung. Am 29. will man „die Schlagkraft der Arbeiter zeigen und das faschistische Bürgerkriegsgesindel zu Paaren treiben“. Das klingt sehr wenig nach passiver Abwehr!

Aber die „Rote Fahne“ fühlt, daß sie durch irgend etwas die gute Meinung des „Vorwärts“ von der politischen Unschädlichkeit der Kommunisten rechtfertigen muß. Sie tut es, indem sie es weit von sich weist, zu vorher festgesetzten Tagen „Umsturzversuche“ anzusagen. Unvermutet also . . . .

Parallel mit der Hetze gegen die „Faschisten“ laufen die Bestrebungen des gleichen Blattes, den verarmten Mittelstand und „alle ehrlichen deutschen Nationalisten“ vor den Festwagen des 29. Juli zu spannen. Man hat also doch das Bedürfnis, die eigenen Schlachtreihen durch Hilfstruppen aufzufüllen. Und gleichzeitig sucht man mit einer großen Geste die „stumpfsinnige Lüge vom geplanten Putsch“ für immer abzutun.

Ist sie wirklich so sehr Lüge? Oder rechnet die „Rote Fahne“ mit den Sommerferien des Herrn Severing? Fast sieht es so aus. Denn sonst sollte eine so deutliche Putschhetze ebenso unmöglich sein, wie die umfangreichen Vorbereitungen, die allenthalben für den 29. getroffen werden.

Der „Vorwärts“ aber sucht die Arbeit des Staatsanwalts als überflüssig hinzustellen, indem er schreibt: „Dieses Gebaben ist um so verwerflicher, als es lediglich agitatorischen Zwecken dient, hinter denen gar keine weitere Absicht steht.“

Die Umdeutungsversuche des „Vorwärts“ können die starke Beunruhigung nicht aus der Welt schaffen, die durch die offene Bürgerkriegshetze der Kommunisten erzeugt worden ist. Wo bleibt der preußische Innenminister?

Kreishauptmann Buck.

Leipzig, 18. Juli. Das sächsische Gesamtministerium hat den früheren Ministerpräsidenten Buck mit Wirkung vom 1. August zum Kreishauptmann von Dresden ernannt. — Das sächsische Justizministerium hat eine Verordnung erlassen, daß künftig den Gefangenen in den sächsischen Strafanstalten auf Antrag zu gestatten ist, sich eine Tageszeitung, gleichviel welcher politischen Richtung, zu halten.

Nach einer Havasmeldung aus St. Paul in den Vereinigten Staaten ist der Arbeitersekretär Johnson in den Senat gewählt. Er erhielt eine große Mehrheit gegenüber dem Kandidaten der Regierungspartei, dem Republikaner Preus.

Auch im Bade und in der Sommerfrische erhält man die „DAZ“ pünktlich!

Nur muß man nachstehende Winke beachten:

Bei längerem Aufenthalt an einem Orte

beantragt man den Verlag **acht Tage vor** Reiseantritt (event. telephonisch unter Nollendorf 5930: Expedition). Erforderlich ist die genaue Wohnungsangabe, ferner, ob die „DAZ“ durch die Post oder durch Boten bezogen wird, im letzteren Falle von welcher Stelle.

Der Verlag zieht die Lieferung an die Wohnung mit dem Tage der Abreise zurück und überweist die „DAZ“ an die Reiseadresse.

Fällt der Reiseaufenthalt in **einen Kalendermonat**, so beträgt die Postüberweisungsgebühr 100,— ℳ; fällt er in den darauffolgenden Monat hinüber, so beträgt die Gebühr das Doppelte, also 200,— ℳ.

Wird der Antrag nicht rechtzeitig (acht Tage zuvor) gestellt, so kommen außerdem noch 60,— ℳ Porto für die Zusendung der ersten Nummern unter Kreuzband in Anrechnung.

Bei kürzerem oder wechselndem Aufenthalt

ist nur der Bezug unter Kreuzband möglich. Man teilt acht Tage vor Reiseantritt dem Verlage die Reiseanschriften nebst Dauer des jeweiligen Aufenthaltes in den einzelnen Orten mit.

Die Zusendung unter Kreuzband kostet wöchentlich 1200,— ℳ ins Inland und 2100,— ℳ ins Ausland. Postbezieher haben außerdem 100,— ℳ für die Zurückziehung der „DAZ“ während ihrer Abwesenheit zu entrichten. Der Verlag erteilt die Rechnung.

DAZ

Die „DAZ“ ist auch bei den Bade- und Bahnhofsbuchhandlungen käuflich, wo das nicht der Fall ist, ist der Verlag für Angabe der betreffenden Firma auf unfrankierter Postkarte dankbar.

Bismarck als Briefschreiber.

Von **Karl Linzen.**

Der lebendigen Schilderung, die der Verfasser in der von Karl Muth vortrefflich geleiteten Monatsschrift „Hochland“ (Jos. Köselsche Buchhandlung, München und Kempten) veröffentlicht, entnehmen wir den folgenden Ausschnitt.

Wer auf die Suche geht nach Bismarcks „Künstlerseele“, der entdeckt sie leicht in seinen gelegentlichen Aeußerungen, den Tischgesprächen, den politischen Reden, den Geschäftsberichten, den Briefen. Bismarck war ein Briefschreiber par excellence. Voll Urwüchsigkeit und Frische, voll Farbe und Plastik, voll blitzender Einfälle. Daß er sich des Rezeptes zum Briefschreiben bewußt ist, beweisen die Zeilen, die er 1845 aus Kniephof an die Schwester richtet: „. . . Wenn man in einem wohlunterhaltenen und für beide Teile stets behaglichen Briefwechsel bleiben will, so darf man sich nicht auf den Fuß setzen, jedesmal eine Art von geistigem Sonntagsrock zum Briefschreiben anzuziehn, ich meine, daß man sich nicht geniert, einander gewöhnliche, unbedeutende Sachen, alltägliche Briefe zu schreiben. . . .“ Es ist nur natürlich, daß man den eigentlichen Briefschreiber weniger in den wohldurchdachten offiziellen Episteln irgendwelcher Art als vielmehr in den schriftlichen Aeußerungen des Augenblicks an Familienangehörige suchen muß, an die Schwester, an Bruder und Schwager, allenfalls noch an einen nahen Freund. Denn hier und hier allein gibt sich die Plauderkunst ganz ohne Hemmung, frei von dem Schnörkelleib des höfischen, zeremoniellen oder gar geschäftlichen Stils. „Ein Brief soll keine Abhandlung, sondern der Aus- und Abdruck einer Stimmung sein“, sagt Fontane einmal. Uebrigens nicht ohne Reiz zu bemerken, daß sowohl Lessing als auch Goethe den Schwestern in ähnlicher Weise ein Privatissimum über Briefstil gehalten haben wie der künftige Kanzler.

*

Im März 1836 nimmt der junge Auskultator Otto von Bismarck bei seiner vorgesetzten Behörde Urlaub, um sich in der ländlichen Stille von Schönhausen auf das Referendarexamen vorzubereiten. Er ist nicht mehr der „Kindskopf“ aus den Göttinger Tagen, der sich in seltsam lächerlichen Kostümen gefällt und zum Aerger einer hohen Universitätspolizei leere Bouteillen aus dem Fenster wirft. Und auch der Paukname „Achilleus der Unverwundbare“ will nicht mehr recht passen. Der Herr Auskultator hat Lord Byron gelesen und ist weltschmerzlich angehaucht. Er hat mit Keyserling und Motley, dem amerikanischen Freund, in der gemeinsamen Berliner Behausung Englisch getrieben und „viel über ernste Dinge, besonders über Religion“, philosophiert. Ja, er ist „skeptisch bis zum Extrem“; dabei von zunehmender Schwermut erfüllt über die vermeintliche Zwecklosigkeit des Daseins. Die Verderbnis der Gesellschaft und das eintönig schnarrende „staatliche Räderwerk“ hat er beim Berliner Stadtgericht zur Genüge kennen gelernt. Unwiderstehlich zieht es ihn — wie zu einem heimlich Wahlverwandten — manchmal zu Shakespeare hin. Und nun sitzt er auf Schönhausen und wühlt fast gierig in den reichgefüllten alten Bücherspinden, als müßte ihm hier kommen, was wohltut und Ruhe bringt. Ein weltumfassender faustischer Drang ist in ihm. „Das allgemeine Wissen“, sagte er viel später einmal, „habe ich alles davon her, daß ich in der Zeit, da ich noch nichts zu tun hatte, auf meinem Gute eine Bibliothek alles Könnens und Wissens vorfand und sie buchstäblich verschlang.“ Zuweilen aber greift er in diesen Tagen der Schönhausener Einsamkeit nach Feder und Tinte und wirft einen Brief aufs Papier voll Burschikosität und sarkastischer Laune, deren buntes Spiel die aufgeriebenen Stellen der eigenen Seele, die innere Zerrissenheit verdecken will. So schreibt er an den Korpsbruder Scharlach: „. . . Der Teufel reitet eine alte Tante von hoher Rasse, daß sie wünscht, ich soll sie als Reisemarschall nach Böhmen (Karlsbad) begleiten und dort bei einem Verwandten abliefern. Der Umweg ist weit, aber eine alte Tante ist dasjenige Tier auf der Welt, vor welchem ich, nächst einer hübschen Cousine, die größte Ehrfurcht habe. . . . Du würdest über mich lachen, wenn Du jetzt bei mir wärest. Seit vollen 4 Wochen sitze ich hier in einem alten verwünschten Schlosse, mit Spitzbogen und 4 Fuß dicken Mauern, einigen 30 Zimmern, wovon 2 meubliert, prächtigen Damasttapeten, deren Farbe an wenigen Fetzen noch zu erkennen ist, Ratten in Masse, Camine, in denen der Wind heult, kurz, in „meiner Väter altem Schloß“. . . .“

So haust er in dieser verfallenen Umgebung ganz allein und wird „gefüttert und gepflegt“ von einer „vertrockneten“ Mamsell, die vor grauen Zeiten schon seines Vaters Wärterin und Spielgefährtin gewesen ist. Pandekten und Preußisches Landrecht werden gewälzt, dazwischen aber ist es reizvoll, auf den Gesang der Nachtigallen zu lauschen, die irgendwo in dem Taxus des französisch zugestutzten alten Gartens kauern. Oder der junkerliche Bücherwurm läßt sich, die Scheibenpistole noch in der Hand, auf Stunden fangen von Voltaire und von Spinozas „Ethicum“, die er „in der hiesigen an Schweinsledern ziemlich reichen Bibliothek gefunden“. Zuweilen steckt die alte Mamsell dann das Häubchen zur Tür herein und tuschelt dem jungen Herrn etwas zu. Von Feld- und Wirtschaftsdingen und von den Bauern draußen, wie sie die Köpfe zusammenstecken und sagen: „Use arme junge Hehr, wat mal em wull sin!?“

*

Selten ist ein Mensch so wie Bismarck durch strahlenden Höhenglanz und durch das trostlose Schattental des Untergangs geführt worden. Freilich lag die Tragik dieses großen Lebens weniger in einem Themistokles-Geschick als in der persönlichen Wesensart des Kanzlers selbst. Dieser rastlose Tatmensch war für die Tage des Alters, der Einsamkeit, des Abseitsstehenmüssens nicht geschaffen. Ihm, der einen Ruhm trug ohnegleichen, den sein Volk umjubelte und der schon bei Lebzeiten in die Verklärung des Mythos hinaufrückte, schmeckte jeder Tag, den er aus dem Becher des Greisentums trank, wie ein Tropfen Galle. Die Bitternis der Gedanken, die Jeremias- und Hiobtrübsal ist der letzte traurige Schatz, den der Achtzigjährige hütet. So zwingt er sich wieder einmal die Feder in die Hand und malt in seiner steilen Greisenschrift für den Schwager und Jugendfreund Oskar Arnim folgende Zeilen auf's Papier.

„Friedrichsruh, 18. 5. 95.

Lieber Oskar!

Wir sind beide so alt geworden, daß wir lange wohl nicht mehr leben werden. Können wir uns nicht noch einmal sehn und sprechen, ehe wir abgehn? Es ist 66 oder 67 Jahre her, daß wir auf dem Gymnasium den ersten Tropfen Bier zusammen aus der Flasche tranken; es war auf der Treppe neben der Ober-Tertia. Wollen wir nicht den letzten trinken, ehe es zu spät wird? Wir sind beide alt, matt und verdrießlich, aber ich habe doch das Verlangen, Deine Stimme noch einmal zu hören, ehe ich —“.

Hier bricht das Schreiben ab.

In einem Fontane-Brief findet sich folgende Stelle: „So müssen wir für unsere Größe bezahlen und für die Größe des Kanzlers, der uns zu unsrer eigenen Größe recht eigentlich erst verholfen hat.“ Ein wahrhaft prophetisch klingender Satz, niedergeschrieben im Jahre 1881.

Heute schreiben wir das Jahr deutschen Unglücks und deutscher Not 1923. Wie einst das gefangene, geschändete Israel sitzen wir an den dunklen Flüssen der Knechtschaft und hängen unsere Harfen in die Weiden, seufzend und harrend auf Einen, der da kommel Ob er kommt — und wann? Ob vielleicht zur selben Stunde, in der wir die Briefe eines ganz Großen durchblättert haben, wieder ein deutscher Knabe irgendwo auf einer Treppe kauert — besser neben der Prima schon als neben der Tertia! — so ein junger Unbändiger, der sich nicht leicht im Einklang befindet mit jedem Schulgesetz? Unbändig, ein Verächter ungerechten Zwanges, ein kühler Rechner und doch voll Herz und Leidenschaft muß er sein, der Mann, der sein Volk aus Untergangsdunkel wieder ans Licht reißt!

Die Generalversammlung der Schiller-Theater-Aktiengesellschaft beschäftigte sich gestern mit dem Vertrag, durch den diese Volksbühne auf die nächsten fünf Jahre mit den staatlichen Schauspielen verknüpft ist. Es war zu erwarten, daß es dabei zu heftigen Auseinandersetzungen kommen würde. Wortführer der Opposition waren Frau Löwenfeld, die Witwe Raphael Löwenfelds, die mit innerer Bewegung eine äußerst eindrucksvolle Anklagerede gegen die Direktion Patega und ihre Mißwirtschaft vorbrachte, dann Rechtsanwalt Kurt Alexander und Rechtsanwalt Gronemann, der die Eigenmächtigkeit der Verwaltung beim Abschluß der Verträge mit dem Staatstheater scharf geißelte. Für die Verwaltungspartei sprach insbesondere Justizrat Dr. Bieber, der als Vorsitzender des Aufsichtsrats die Verhandlung leitete. Er sowie sein Stellvertreter, Dr. Heymann, legten eingehend die Gründe dar, die zur Verpachtung gerade an den preußischen Staat geführt hatten. Man mußte sich nur fragen, warum die Verwaltung, wenn die Vorteile so auf der Hand lagen, die Aktionäre übergangen hat, statt von vornherein ihre Zustimmung zu erbitten. Ein von Rechtsanwalt Arthur Wolf formuliertes Vertrauensvotum für den Aufsichtsrat wurde mit 187 gegen etwa 107 Stimmen angenommen; etwa 50 Stimmenthaltungen waren zu verzeichnen. Justizrat Bieber schloß die Versammlung mit dem Ausdruck der Hoffnung, daß die nächsten fünf Jahre einen künstlerischen Aufschwung des Schiller-Theaters bringen möchten.

England im Spiegel.

Von **Th. Gunzert.**

„Spiegelbilder aus Downing Street“*) nennt ein anonymer englischer Politiker sein 1920 erschienenes Buch, das bereits 17 Auflagen erlebte und auch uns Deutsche lebhaft beschäftigen sollte. Die englischen Staatsmänner der Gegenwart, die ihr Volk in den Krieg führten, ihn vorbereiteten und gewannen, ziehen vor diesem Spiegel vorüber, der ihre Verdienste um die Nation wiedergibt, aber bei kaum einem von ihnen das Größenmaß historischen Heldentums erkennen läßt. Der neue Macaulay hat ihnen nahe genug gestanden, um sie richtig zu sehen; seine Bilder sind mit der Offenheit des Historikers und der Diskretion des Staatsmannes gekennzeichnet; sie geben Wahrheit, nicht jene absolute, die nur der Schlagwortpolitiker in die Geschichte hineinlegt, sondern eine nationalgefärbte Wahrheit, die immerhin vom amtlichen britischen Kriegsmythus manches Stück geopfert hat.

Stolz auf Volk und Vaterland das ist das Grundgefühl dieses englischen Kritikers. Er ist wie Lord Robert Cecil fest überzeugt, daß seine Landsleute, „selbst die schmutzigsten und am meisten entwürdigten, die grundlegenden Tugenden christlichen Charakters besitzen, und daß kein moralischer Appell an sie vergebens ist“. Er hält den Charakter der Engländer für die feinste Blüte der Zivilisation.

Die Galerie bedeutender Briten, die uns vorgeführt wird, ist in der Tat ein dieses Nationalstolzes würdiger Gegenstand. Neben einigen mehr parlamentarischen Größen sieht man den „Freund“ Rußlands, Lord Carnock, den Ersten Seelord Fisher, den Kriegsminister Haldane, die Geschäftsminister Lords Northcliffe, Rhondda und Inverforth, und allen voran Lloyd George der dem kriegerischen Trompetengeschmetter die vom englischen Charakter geforderte moralische Note gab und als Prophet alle seine Mitarbeiter überragte.

Er war Gefühlsmensch wie alle Propheten, und seine Gefühle waren zu Anfang des Krieges unzweifelhaft echt. Unverwüstlicher Optimismus trug ihn über die kritischsten Situationen hinweg, und er verstand diesen auf das Volk zu übertragen, trotzdem oder gerade weil er ihm in großartiger Offenheit die Schwierigkeiten und Mißerfolge darlegte. Aber diese Schwierigkeiten zwangen ihn, das moralische Kriegsziel stückweise an die beutehungrigen Bundesgenossen zu verschachern und die Gefühle durch Phrasen, Routine und Demagogentum zu ersetzen. Er wurde der „Horatio Bottomley der oberen Klassen“. In diesem unwissendsten Kopfe Europas — wie ihn Clemenceau nannte — erwuchsen die Zerrbilder des Preußentums als einer kriegerischen Horde mit Welteroberungsplänen, des bedrohten edlen französischen Volkes, der drohenden Germanisierung Rußlands, des Kampfes der Weltzivilisation gegen die Barbarei, schließlich der knock-out-Friede, der nicht nur ein knock-out für Lloyd Georges besseres Selbst war, sondern immer mehr ein solches für Großbritanniens europäische Stellung zu werden droht.

Für die Kriegsschuldfrage besonders belehrend sind die Mitteilungen, welche der Verfasser über die Lords Carnock, Fisher und Haldane macht.

Carnocks Aufgabe war es, nach dem Portsmouther Frieden das gedemütigte Rußland für die Einkreisungspolitik König Eduards zu gewinnen und die gleichzeitigen Bemühungen Deutschlands um die russische Freundschaft zunichte zu machen. Es gelang ihm vermöge des großen persönlichen Einflusses, den er auf Sassonoff und die russischen Kadetten hatte, „die chaotische Politik Deutschlands lange vor dem Herbst 1914 schachmatt zu setzen“. Der Verfasser schildert, wie Carnock darauf drängt, das russische Heer kriegsbereit zu machen, und wie er Rußland den Rücken gegen angebliche deutsche Anmaßungen stärkt. Während der deutsche Kaiser und Bethmann Hollweg im Juli 1914 — nach dem ausdrücklichen Anerkenntnis des Verfassers — keinen Krieg wollten, wußte Lord Carnock bestimmt, daß Rußland fertig war und schlagen würde; und er säumte nicht, persönlich in der kritischen Zeit die Politik Downing Streets in seinem Sinne zu beeinflussen, obwohl dort Lord Grey „von den Kriegsaussichten ganz niedergeschmettert war“. Bezeichnend für die Rolle, die Lord Carnock gespielt hat, ist eine persönliche Erinnerung des Verfassers: er erzählt einem in der auswärtigen Politik sehr bewanderten Engländer, daß er Lord Carnock in einer Gesellschaft treffen werde, und erhält die Antwort: „Ah, das ist der Mann, der den Krieg gemacht hat.“

Daß Lord Fisher als Vertrauensmann König Eduards die englische Kriegsflotte in der Nordsee zusammenballte und sie dort zum Krieg gegen Deutschland ausbildete, ist bekannt. Es war der erste Schritt zur Mobilisation gegen Deutschland. Den Angriffsplänen Englands entsprach es, daß auch die Mobilisation im eigentlichen Sinne vollzogen wurde, bevor Deutschland an Mobilisation dachte, und erhebliche Zeit vor der Kriegserklärung. Der Verfasser schildert dramatisch, wie Lord Fisher schon im Juli 1914 — der deutsche Einmarsch in Belgien begann erst am 2. August, und die englische Kriegserklärung folgte am 4. August — dem zögernden Marineminister Churchill diesen Entschluß abringt, der sofort drahtlich ausläuft, und nennt das eine der mutigsten Handlungen in der Geschichte der Staatskunst. Er schließt mit den triumphierenden Worten: „So wurde England gerettet und Deutschland dem Untergang geweiht. Ehe der Krieg erklärt war, beherrschte die britische Flotte die Meere.“

Lord Haldanes Verdienst war es, daß das britische Landheer an Kampfbereitschaft hinter der Flotte nicht zurückstand. Als der Konflikt unvermeidlich schien, erhielt er von Asquith den Auftrag, den Kriegsminister zu beraten; er mißbrauchte diesen Auftrag, um sofort das Expeditionskorps zu mobilisieren. Sogar britische Generale regten sich darüber auf, da der Krieg noch nicht erklärt war und die vom Parlament nicht bewilligten Kosten der Mobilisation in die Millionen liefen. Lord Haldane setzte sich jedoch über derartige Erwägungen hinweg. „Er hatte nicht ohne Erfolg seinen Moltke studiert“, meint stolz der Verfasser, obwohl die alliierten Generalstabs-Verabredungen für Haldanes Handeln sicherlich maßgebender waren als die Schriften des deutschen Feldherrn. Rückblickend darf der Verfasser sagen: „Wenn Frankreich und Rußland so gut vorbereitet gewesen wären, ihre Verpflichtungen zu erfüllen, wie Großbritannien die seinigen, der Krieg hätte mit einem fast sofortigen Siege der Alliierten enden müssen.“

Beneidenswertes England! Trotz alledem glaubt Dir die Welt, daß das bedrohte und von allen Seiten umstellte Deutschland den Kampf vom Zaune brach, um angebliche Weltherrschaftsträume zu verwirklichen, und daß Du nur eingriffst, um die Verletzung der belgischen Neutralität zu bestrafen.

Die Geschicklichkeit der Männer von Downing Street grenzt wahrhaftig an Hexerei. Aber Hexenglück pflegt zu zerrinnen, wenn man es am festesten in der Hand zu halten glaubt. England mag sich vor dem Schicksal hüten, welches sein größter Dichter dem Schotten Macbeth zuteil werden läßt, dessen Glück ebenfalls auf Trug und Verbrechen beruhte. Schon mehren sich die schlimmen Zeichen; das heutige Rußland fühlt keine Dankbarkeit mehr für Lord Carnock und seine ehrenwerten Ratschläge. Lord Fishers Seeflotte wird wenig Wert haben, wenn Küstengeschütze über den Kanal schießen und der festländische Gegner eine überlegene Luftflotte besitzt. Und der Rest des Haldaneschen Expeditionskorps und der stolzen britannischen Kontinentalarmee ist in Köln „interniert“.

Ist die Wahrheit auf dem Wege? Rückt der Wald von Dunsinan gegen die Burg des neuen Macbeth?

*) „The mirrors of Downing Street“ by A Gentleman with a duster 17. Auflage. London bei Mills & Boon Ltd., 1922.

Experimentelle Zellforschung. In dem Institut für Krebsforschung an der Berliner Charité wurde eine Abteilung für experimentelle Zellforschung eröffnet, die von der Privatdozentin Dr. Rhoda Erdmann geleitet wird. Die Arbeiten dieser Abteilung, bei denen es sich in erster Linie um Versuche handelt, von lebenden Wesen abgetrennte Gewebeteile weiterzuzüchten, werden bei dem großen Werke systematischer Bekämpfung der Krebskrankheit eine bedeutende Rolle spielen. Dr. Rhoda Erdmann ist früher an dem Institut für Infektionskrankheiten Robert Kochs tätig gewesen.

Victor Barnowsky, der Leiter des Lessingtheaters, ist auf Antrag der Ortsgruppe Berlin aus dem Deutschen Bühnenverein ausgeschlossen worden, wegen seines Verhaltens beim letzten Schauspielerstreik, bei dem sich Herr Barnowsky durchaus nicht mit dem Vorgehen des Bühnenvereins solidarisch erklärte.

Liebermanns Wiederwahl. Das preußische Staatsministerium hat die Wiederwahl Max Liebermanns zum Präsidenten der Berliner Akademie der Künste für 1923/24 bestätigt. Prof. Georg Schumann, der Direktor der Singakademie, wurde wieder zum stellvertretenden Präsidenten gewählt.

Rektoratswahl an der Leipziger Universität. Zum Rektor der Universität Leipzig für das Studienjahr 1923/24 wurde Geheimer Hofrat Professor Dr. phil. Georg Steindorff, Direktor des ägyptologischen Instituts, gewählt.

Mobilmachung der Raucher.

Das Kriegsbeil der Zigarrenhändler.

Steuerbehörden sind ein beliebtes Kampfobjekt. Für alle Kategorien von Steuerzahlern. Der einzelne, der diesem zähesten aller Feinde auf den Leib rückt, hat immerhin einige Chancen, etwas zu erreichen; denn er kämpft ja nicht gegen die geheiligten Bestimmungen als solche, sondern nur gegen eine besonders empörungswürdige Auslegung in seinem besonderen Fall. Sehr schlecht aber werden die Aussichten, wenn ein ganzer Stand das Kriegsbeil ausgräbt, um die Gesetzestafeln selber zu zertrümmern.

Mit den Vorbereitungen eines solchen Kampfes sind zurzeit die Berliner Zigarrenhändler beschäftigt. Die Bestimmungen über die Banderolierung der Zigarrenkisten und Zigarettenschachteln sind ihnen schon seit langem ein Dorn im Auge. Die sprungweise Geldentwertung nötigt, in immer stärkerem Maße zum Hinaufzeichnen der Preise, und sie könnten das ja auch einfach machen, wenn — ja, wenn eben die Steuerbehörde mit ihren dummen Banderolierungsbestimmungen nicht wäre. So aber ist diese schöne Prozedur des Hinaufzeichnens mit einigen Unbequemlichkeiten verknüpft. Jeder einzelne Händler muß erst zum Zollamt laufen und sich die vorschriftsmäßigen Zusatzbanderolen kaufen. Wer sich in dieser harten Zeit eine mitfühlende Seele bewahrt hat, wird ihnen ihren Groll nachempfinden. Doch schließlich ist dieser Groll eine innenpolitische Angelegenheit der Zigarrenhändler, nun aber wollen sie aus ihrem Groll außenpolitische Konsequenzen ziehen und der bösen Steuerbehörde den Krieg erklären. Kriegsziel soll der Wegfall der Banderole und die Erhebung der Steuer in der Fabrik sein.

Ein Freund von mir pflegt zu sagen: Tiger sind ungemein schwierig zu schlachten, und so ungefähr scheinen auch die Zigarrenhändler die Aussichten einer offenen Feldschlacht mit ihrem grimmigen Gegner zu beurteilen. Drum haben sie einen genialen Schlachtplan entworfen. Sie wollen die Raucher für sich mobil machen, und sie wollen es auf eine ziemlich brutale Art tun, indem sie nämlich zunächst mal diese zukünftigen Hilfstruppen mit Krieg überziehen. Sie wollen einfach streiken, ihre Läden zumachen und die Raucher sozusagen auf die Folter spannen. Die Raucher werden — so hoffen die klugen Strategen — allmählich mürbe werden und schließlich ein williges Kanonenfutter im Kampf gegen die Tyrannei der Steuerbehörde abgeben.

Den Kampf gegen unvernünftige und veraltete Bestimmungen in allen Ehren — aber den unschuldigen, noch nichts ahnenden Rauchern müssen wir doch die ernste Mahnung zurufen: Raucher Berlins, wahrt Eure heiligsten Güter!

E. F.

Der Kassenkampf der Aerzte.

Infolge von Uebergriffen von Kassenbeamten über den Rahmen des Kassenärztevertrages hinaus ist es zwischen der Allgemeinen Ortskrankenkasse Norden und Karlshorst und der Wirtschaftlichen Abteilung des Groß-Berliner Aerztebundes zum Streit gekommen. Seit dem 15. Juli haben die Aerzte den vertragslosen Zustand verkündet. Kassenmitglieder der genannten Kassen werden nur noch als Privatpatienten zu den Sätzen der Aerztekammerrichtlinien behandelt.

Fabrikbrand in Wittenau.

Die Berliner Feuerwehr wurde am Dienstag abend wegen eines Fabrikbrandes nach der Breitenbachstraße 6/12 in Wittenau gerufen. Dort war in der Fabrik von Hugo Ticenisch das Dach einer Eisenhalle (Bauschlosserei und Eisenkonstruktionen) in Brand geraten. Es gelang schließlich, des gefährlichen Brandes Herr zu werden und die Flammen auf die Eisenhalle zu beschränken. Der Schaden ist erheblich. Die Entstehung wird auf Entzündung durch Funkenflug zurückgeführt.

Nachtpolizei auf dem Wasser.

Beim Reichswasserschutz — Patrouillenfahrt durch den Teltowkanal — Boote im Dunkeln — Elektrische Angler.

Das Boot ist grau wie Nebel, lang in den Linien — kräftig in der Konstruktion —, seegehend; fünf blau uniformierte Männer, die mich erwarten, stehen im Dunkel an der Brücke. Ein leichter Windstoß fegt grau über das Wasser. Drüben blitzen Lichter am Uferrand, dunkle Schatten huschen über den Fluß, der Mond schwimmt langsam durch schwarze Wolkenfetzen. Positionslichter werden gesetzt. Einer macht den Motor zurecht, ein anderer reicht einen großen Scheinwerfer, dessen Lampe von einer Akkumulatorenbatterie gespeist wird. In drei Minuten sind wir klar, fertig zur Ausreise. Die Maschine rasselt und das Boot schiebt sich langsam ins freie Wasser. Stopp-Heckwasser wirbelt auf — und dann „langsam voraus".

Da bin ich also glücklich bei einer Nachtfahrt des Reichswasserschutzes, über dessen wichtige Arbeit in der Oeffentlichkeit fast nichts bekannt ist. Bei den Landratten wenigstens; unsere Schiffer, Fischer und Sportsleute, die die öffentlichen Gewässer Norddeutschlands befahren, kennen die flinken grauen Boote, ehemalige Kriegsschiffbarkassen, um so besser und manchmal so genau, daß sie sie zum Teufel wünschen. Bekanntlich ist der Reichswasserschutz aus einer Anzahl freiwilliger Motorbootflottillen hervorgegangen, die sich Anfang 1919 zum Schutze der Wasserstraßen gebildet hatten. Die neuen Verhältnisse hatten gerade hier ordnungszerstörend gewirkt. Die Unsicherheit stieg von Tag zu Tag, und niemand war mehr seines Eigentums sicher, gleichgültig, ob es sich um Hafengut, Schiffsmaterialien oder Boote handelte. Die Piraten kamen von der Wasserseite und verschwanden mit ihren Kähnen spurlos in der Dunkelheit. Es war klar, daß die Behörden diesen Zuständen, die mancherorts zu periodischen Bandendiebstählen sich auswuchsen, schleunigst ein Ende bereiten mußten, um so mehr, als an der nassen Grenze der Schmuggel mit besonderer Heftigkeit einsetzte, gegen den die verfügbaren Zollbeamten so gut wie machtlos waren. Mit der Gründung des Reichswasserschutzes trat endlich eine wirksame Bekämpfung all dieser Dinge ein.

Vier große Abschnitte zerlegen das Tätigkeitsfeld des R. W. in die Gebiete Binnenland-Ost (Berlin fünf Bezirke), Küste (Kiel fünf Bezirke), Binnenland-West (zwei Bezirke) und Ostpreußen (zwei Bezirke), wodurch sämtliche öffentlichen Wasserstraßen Norddeutschlands und des Küstengebietes in den Bereich der Organisation gezogen sind. Mannigfaltig sind die Aufgaben: allgemeiner Polizeidienst, Unterstützung der auf dem Wasser tätigen Verwaltungen, Schiffahrtspolizei, Zoll-, Ein- und Ausfuhrkontrolle, Fischerei, wobei Hand in Hand mit den Finanzämtern, den Wasserbauämtern gearbeitet und das Hauptaugenmerk auf ein enges Einvernehmen mit den zuständigen örtlichen Behörden gerichtet wird. In den einzelnen Abschnitten und dort wieder in den einzelnen Bezirken werden bestimmte Zweige dieser allgemeinen Tätigkeiten zu Spezialdiensten ausgebildet, daß also z. B. an der Küste der Zolldienst, in den Binnenlandbezirken der allgemeine Polizeidienst in den Vordergrund tritt, und hier wiederum gewisse Dienstzweige, je nach den örtlichen Verhältnissen, gepflegt werden. In Baumschulenweg, der Station des Abschnittes Binnenland-West, die die amtliche Bezeichnung „Bezirk Spree" trägt, hat man beispielsweise eine besondere Kriminalabteilung ins Leben gerufen, die in Anbetracht der ständig vorkommenden Vergehen und Verbrechen über mangelnde Beschäftigung nicht zu klagen hat und infolge ihrer Spezialkenntnisse von der eigentlichen Kriminalpolizei keineswegs ersetzt werden kann.

Die Nachtfahrt bietet einen Blick hinter die Kulissen! Der Bezirk Baumschulenweg, den ich besuche, reicht weit nach Osten bis an den Scharmützelsee und weiter südlich ins Spreewaldgebiet hinein. In Baumschulenweg ist die Zentrale des Fahndungsdienstes, einer sich vorzüglich bewährenden Einrichtung, die im engen Kontakt hauptsächlich mit den Nachbarbezirken Havel-Oder (Spandau) und Havel-Elbe (Potsdam) steht. Gesuchte Personen, gesuchte Fahrzeuge werden in kürzester Zeit ermittelt, was früher nur durch einen glücklichen Zufall möglich war. Dieser Fahndungsdienst wird von allen möglichen Behörden in Anspruch genommen, von Amtsgerichten und Standesämtern, von Polizeidirektionen und Steuerstellen. Dicht bei den großen Masten, die die starken Seile der Bitterfelder Ueberlandleitung über die Spree tragen, liegt die Station, auf dem ehemaligen Pionierübungsplatz. Unter dem Blechdach des ehemaligen Kaiserzeltes stehen Boote, die überholt werden. Ein niedriges langgestrecktes Gebäude dient zu Unterkunftszwecken, Bureauräume sind darin untergebracht und eine Halle für beschlagnahmte Güter. Mitten auf dem Platz, wellblechumhüllt, die Tankstelle. Nur vier Boote liegen an der Brücke, darunter ein harmlos aussehendes Privatboot der Kriminalabteilung. Ein beschlagnahmter Schlepper wartet auf neue Tätigkeit und eine Jolle träumt unter weißen Plänen von ihrer tollen Entführungsgeschichte.

Wir dagegen träumen jetzt keineswegs. Der Maschinist hat die richtige Geschwindigkeit und der Bootsführer legt seine Sachen zurecht. Zwei Beamte sollen hinter Oberschöneweide ausgesetzt werden, um den Teltowkanal zu kontrollieren, während wir die „Wendische Spree" hinauf wollen, um auf der Rückfahrt ebenfalls in den Kanal einzubiegen. Eine große Mode ist jetzt dort im Gange: elektrisch fischen. Ein Draht wird an die Leitung der Treidelbahn befestigt und ins Wasser geworfen, wodurch großer Schaden, aber wenig Nutzeffekt entsteht. Die zweite große Mode ist das Abschneiden der fingerdicken elektrischen Leitung, der übliche Drahtdiebstahl, der die Kanalverwaltung zur Verzweiflung bringt.

Links von uns taucht dicht am Ufer ein Schatten auf. Der Bootsmann dreht das Ruder und im Tempo sind wir zur Stelle. Wir erkennen ein Sportboot, das sich ohne Lichter nach Hause schleichen will. Der Bootsführer: „Wie heißt das Boot? Warum fahren Sie ohne Lichter?" Der perfekte Sportsmann: „Amalia. Wir wollten jetzt gerade — (lächelnd) gerade in diesem Augenblick — —". Der Bootsführer beendet die Debatte durch Ziehen des Notizbuches. Weiter. Ein schwerbeladenes 600-Tonnenfahrzeug arbeitet sich heran — ohne Lichter. Dasselbe Manöver. „Warum haben Sie keine Positionslampen?" Der Schiffer (sehr erstaunt): „Jä — wir wollen eben Feierabend machen, Herr." Nach den nötigen Ermahnungen verspricht der Mann sich zu bessern und sofort die Lichter zu setzen. Und so geht es weiter. Der hat sich verspätet, der andere hat Petroleum vergessen. Ein Schiffer wird aus der Kabine herausgeholt. „Nanu —" sagt er, „sind sie denn schon wieder ausgegangen?" (Es ist genau wie beim Militär: „Eben abgerissen!") Durch das Fahren ohne Licht, wobei sich gerade die Sportsboote auszeichnen, wird die Fahrstraße natürlich sehr gefährdet, und es ist selbstverständlich, daß die Polizei verpflichtet ist, hier für Ordnung zu sorgen. Die Sache ist nicht immer einfach, da oftmals die leicht kenternden Sportsboote mit solcher Ungeschicklichkeit manövrieren, daß die zahlreichen Bootsunfälle in einem anderen Lichte erscheinen.

Hinter Oberschöneweide werden die beiden für die Landkontrolle bestimmten Beamten an Land gebracht, dann in die Dahme hinein. Der Scheinwerfer spielt über die Ufer und nimmt die Lagerplätze und die Stellen, die für Bootsdiebstähle besonders günstig liegen, aufs Korn. Aber nichts. Hinter Cöpenick kommen wir auf volle Fahrt. Ein Sterndampfer mit Musik an Bord ist auf der Heimfahrt begriffen. Mit Tempo nähern wir uns und erkennen jetzt deutlich ein zweites Fahrzeug, das sich fast quer vor den Bug legt. Eine Zille mit einem einzigen weißen Licht. Die Bugwellen des Dampfers werfen unser Boot fast gegen ihre Planken und ihr Führer tutet mit hohlen Händen eine wütende Beschwerde herüber. Der schuldige Schiffer wird zur Ordnung gerufen und beeilt sich schließlich, seine Lampen in Gang zu bringen. Immer dasselbe: „Vergessen", „kein Petroleum", „eben ausgegangen", „eben ins Wasser gefallen". Ueber zwei Stunden pendeln wir jetzt hin und her. Die Mäntelkragen sind hochgeschlagen. Als wir in den Bereich der Nachbarstationen kommen, wird Kehrt gemacht und nach weiteren zwanzig Minuten ist der Teltowkanal erreicht. Unsere Lichter werden gelöscht und gleich darauf gleitet das Boot mit mäßiger Geschwindigkeit in die Einfahrt. Leuchtsternpistolen und der Scheinwerfer liegen bereit.

Nur das Hämmern des Motors unterbricht jetzt die Stille. Die Augen sind gespannt vorausgerichtet und das Marinenachtglas sucht systematisch durch die Dunkelheit. Brücken — Fabriken — Laubengelände — Kornfelder. Von weitem glänzen die Lichter einer mit Nachtschicht arbeitenden chemischen Fabrik. Dann wieder tiefe Finsternis. Kurz vor einer Brücke huschen zwei Schatten an der Böschung lang. Der Scheinwerfer blitzt sekundenschnell auf, aber es sind nur die Beiden, die wir vor Stunden abgesetzt haben.

Das Boot biegt in den Stichkanal ein, der mit einigen Ecken und Windungen bis dicht nach Baumschulenweg heranführt. Hier ist ebenfalls ein Hauptbetätigungsfeld der „elektrischen Angler" und wir durchsuchen nochmal die Dunkelheit, daß uns die Augen schmerzen. Aber nichts — sie sind heute zu Hause geblieben. Hinter der Eisenbahnbrücke stoppt das Boot und ich springe an Land.

Gü.

Der geteilte Achtstundentag.

Der Magistrat zur Pflegerentlassung.

Das Nachrichtenamt des Berliner Magistrats teilt mit: Von unverantwortlicher Stelle wird die Oeffentlichkeit mit Mitteilungen über die Auswirkung der Kündigung von Pflegepersonen in städtischen Anstalten auf das schwerste beunruhigt. Demgegenüber ist festzustellen: Es ist nicht 1400 Pflegekräften, sondern weniger als 300 gekündigt worden. Der Grund der Kündigung ist, daß die früher nach dem Arbeitertarif entlohnten Pfleger wunschgemäß zwar in das nicht ständige Angestelltenverhältnis übergeführt wurden, dennoch aber nicht die Verpflichtung übernehmen wollten, ebenso wie die im Beamten- und Festangestellten-Verhältnis stehenden Schwestern ihren Dienst nach dem Prinzip des geteilten Achtstundentages zu verrichten. Hierbei ist zu bemerken, daß für alle weit von ihrer Anstalt entfernt wohnenden Pfleger von dieser Forderung abgesehen wurde. Trotzdem weigerten sich die Pfleger, der Verpflichtung des Angestelltendienstvertrages nachzukommen. Die Verwaltung war daher gezwungen, die betreffenden Pfleger zu entlassen. Alle Nachrichten über angebliche Abweisung von Kranken usw. sind unrichtig. Vielmehr sind die zwangsläufigen Schwierigkeiten der Umstellung durch Neueinstellung von Personal bereits behoben. Schwierigkeiten sind überhaupt nur ganz vereinzelt und in einer Reihe von Krankenhäusern überhaupt nicht aufgetreten. Die Teilung des Achtstundentages und damit die bessere Ausnutzung der Arbeitsleistung der Beschäftigten liegt im übrigen im Interesse der mit Recht immer wieder geforderten sparsamen Wirtschaft; und es ist nicht zu verstehen, daß diese Maßregel zum Anlaß genommen wird, das städtische Gesundheitswesen anzugreifen.

Kurze Tagesschau.

Der Verband Berliner Kaufleute der Kolonialwaren-Branche e. V. hält am Donnerstag, den 19. Juli, abends 8 Uhr, im großen Saal der Handwerkskammer, Teltower Straße 14, eine große Protest- und Aufklärungsversammlung über den Wucher ab.

*

Der starke Gewitterregen hat am Dienstag abend mehrfach Kellerüberschwemmungen verursacht. In der Nestorstraße 16 in Halensee überschwemmte der Regen infolge eines Dachstuhlbrandes die oberen Geschosse.

Fremde in Berlin.

Hotel Excelsior: Universitätsprofessor Bittiter (Wien). — Generaldirektor Hans Eltze (Düsseldorf). — Industrieller Viktor Kovacs (Budapest) — Großindustrieller Dr. Wilhelm Schiller (Wien). — Generaldirektor Dr. A. Weißhofer (München).

Wetteraussichten.

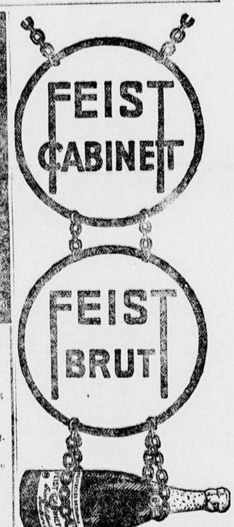
Ein wenig wärmer, vielfach heiter, dazwischen wieder stärker bewölkt, etwas Regen- und Gewitterneigung bei ziemlich frischen westlichen Winden.

Lebensmittelpreise von heute.

In den Berliner Markthallen kosteten am 18. 7.

1 Pfund	Rindfleisch	36000—56000 M.	(steig.)
1 „	Kalbfleisch	34000—45000 „	
1 „	Hammelfleisch	40000—50000 „	„
1 „	Schweinefl.	48000—56000 „	„
1 „	Meiereibutter	48000—65000 „	„
1 „	Margarine	24000—38000 „	
1 „	Schmalz	36000—4[illegible]000 „	(steig.)
1 „	Rindertlg. ausg.	34000—36000 „	
1 „	Pflanzenf., lose	26000—30000 „	
1 „	R. Speisekart.	3100—3500 „	
1 „	Kaffee, geröstet	80000—110000 „	
1 „	Tee	90000—150000 „	
1 „	Kakao	32000—56000 „	
1 „	Zucker	3200 „	
1 „	Weizenmehl	11000—14000 „	
1 „	Weißling	7000 „	
1 „	Tote Schleie	20000—22000 „	
1 „	Kalbsherz	30000 „	
1 „	Ochsenhirn	18000—22000 „	
1 „	Weißkohl	3500—3800 „	
1 „	Rhabarber	2000 „	
1 „	Birnen	6000 „	
1 Taube		15000—20000 „	
1 Essig- od. Salzgurke ab		1800 „	
1 Ei		4600—5000 „	

„AMSTEA" A.-G.
BERLIN W. 9, BELLEVUESTR. 14
MÜNCHEN, GEORGENSTRASSE 10
DÜSSELDORF, JACOBISTRASSE 1
HAMBURG, ADMIRALITÄTSTR. 33/34
Prospekte bereitwilligst!
*
Hohe Leistung bei geringem Brennstoffverbrauch
Erschütterungsfrei und geräuschlos
Leicht u. doch stabil, elegant in der Linie
Betriebssicher, einfach in Bauart
Steuerfrei, befreit von Nummernzwang
Führerschein u. Zulassung.
*
Seit 5 Jahren bewährt und verbreitet in allen Welteilen.



„die deutsche Qualitätsmarke"
erhältlich in
sämtlichen Weinstuben
der Fa. C. S. Gerold Sohn
sowie i. Feinkost- u. Kolonialwarengeschäften.
Berliner Likörfabrik A.-G.
Abtlg. Andree, Flatow & Co., G. m. b. H.
Königstadt 3712, 1041.

Sport.

Abendrennen in Treptow.

Glücklich verlaufener Sturz von Thomas.

Die Treptower Rennbahndirektion hatte mit der Verlegung ihrer Sonntagsrennen auf Dienstag abend eine glückliche Hand. Der Besuch war glänzend, und auch der Wettergott wartete mit seiner ausgiebigen Dusche haarscharf die Beendigung der letzten Runde ab.

In den Fliegerrennen feierten Hahn, Freiwald und Packebusch je einen Sieg, während die beiden Dauerrennen an Thomas und Sawall fielen. Das kurze 25-Kilometer-Rennen wurde in der Reihenfolge Sawall, Thomas, Vermeer, Wegmann, die alle in einer Runde blieben, in flottem Tempo abgekurbelt. Schon schien diese Reihenfolge auch für die Placierung festzustehen, als Thomas in den beiden letzten Runden einen unwiderstehlichen Angriff auf den führenden Sawall machte und noch mit 5 Meter Vorsprung den Sieg an sich riß.

Das 75-Kilometer-Rennen bot zunächst das gleiche Bild. Nur der Holländer Vermeer ließ nach dem 20. Kilometer nach und wurde alsdann in regelmäßigen Abständen widerstandslos überrundet. Unermüdlich versuchte der kleine Schweizer Wegmann, seinen Platz zu verbessern, aber Angriff auf Angriff verfiel der Abweisung. In der 85. Runde wechselte Sawall meisterhaft den Motor, ohne Terrain einzubüßen. Thomas folgte dem führenden Treptower wie sein Schatten, schien aber seine Angriffskraft für das letzte Drittel aufzusparen. Da ereignete sich 93 Runden vor Schluß hoch in der Einlaufkurve ein gefährlich aussehender Sturz. Thomas, dicht gefolgt von Wegmann, war gerade im Begriff, an Vermeer vorbeizuziehen, als sich sein Hinterrad lockerte. In dem rasenden Tempo glitt die Maschine nach oben aus, um dicht hinter dem von Hüttenrauch geführten Wegmann die Steilkurve hinabzusausen. Thomas schlug mehrfach böse auf den Zement und war zunächst besinnungslos. Nach kurzem stellte sich aber heraus, daß seine Verletzungen nur leichter Natur waren — die Sturzkappe hatte ihre Schuldigkeit getan. Schnell erholt, bestieg der Meisterfahrer eine andere Maschine und beendete mit großer Bravour das Rennen, das Sawall um so weniger zu nehmen war, als auch Wegmann durch einen Motorschaden in den letzten Kilometern auf einen aussichtslosen Abstand zurückgefallen war.

E. A. C.

Das Londoner Sechstagerennen hat nunmehr Montag Morgen unter Beteiligung von 13 Mannschaften seinen Anfang genommen.

48 Meldungen zum Avus-Kleinwagenrennen. Das vom Automobilklub von Deutschland am 30. September auf der Avus organisierte Kleinwagenrennen verspricht sich zu einer großen sportlichen Veranstaltung auszuwachsen. Beim ersten Meldeschluß am 1. Juli lagen insgesamt 48 Nennungen vor, und es ist anzunehmen, daß sich diese Zahl bis zum Nachnennungsschluß am 15. Juli noch stark vermehren wird. In der Klasse bis 4-Steuer-PS. sind 30, in der von 4—5 PS. 18 Wagen angemeldet worden, die sich auf die einzelnen Firmen wie folgt verteilen: Klasse I: (Ehrhardt-Szawe, Cao, Kurt Zimmermann-Berlin, Fafag und Luwo (Kleinautobau-München) je drei, Omikron, Accumulatoren- und Automobilbau A. G. Berlin, Apollo, Hagea Moto-Berlin, Gridi (Kraftfahrbau Saulgau) und Rug je ein Fahrzeug; Klasse II: N. S. U., Bob und Hag (Hessische Automobilges.) je drei, Paul Baer-Berlin, Sohinz (Automobilwerke G. G.-Zwenkau), Lindcar A. G. Berlin und Freya (Greizzio) je zwei sowie Club Automobilfabrik-Berlin und Kurt Zimmermann-Berlin je ein Wagen.

XIII. Deutsches Turnfest.

Die Wettbewerbe in den leichtathletischen Uebungen, die bereits am ersten Tage mit guten Leistungen aufwarteten, brachten auch in den weiteren Uebungen gute Ziffern, da der größte Teil der Siege an die auch der Deutschen Sportbehörde für Leichtathletik angehörenden Mitglieder fiel. Der westdeutsche Meister Walpert-Kassel holte sich die 5000 Meter in 16 : 03 vor Bräutigam-Zeitz und Glich-München. Ueber 1500 Meter endete König-München in 4 : 16,9 in Front vor Glich 4 : 19. Böcher-Siegen gewann das 800-Meter-Laufen nach schönem Kampf in 2 : 01,2 gegen Schrötter-München. In 16,8 Sekunden gewann Dahms-Osnabrück das Hürdenlaufen gegen Hebel-Mannheim, der wegen Reißens von fünf Hürden ausgeschlossen wurde. Der MTV. Braunschweig sicherte sich 4mal 100-Meter-Staffel überlegen in 43,7 gegen 1860-München, dagegen legte letzterer auf die 10mal 100-Meter in 1 : 52,2 Beschlag gegen Turnges. Mannheim. Der Allg. Turnverein Dresden war in der 4mal 100-Meter-Damenstaffel in 53,1 erfolgreich.

Deutsche Handballmeisterschaft. Die erste Vorrunde um die deutsche Handballmeisterschaft der D. S. B. (Deutschen Sportbehörde) findet am Sonntag, den 22. Juli, in Berlin statt. Der norddeutsche Meister St. Georg-Hamburg trifft auf den vorjährigen deutschen Meister, den Polizeisportverein Berlin. Der bisher unbesiegten deutschen Meister sollte trotz der großen Spielstärke des norddeutschen Meisters den B. S. A. V. siegreich vertreten können. Das Spiel findet voraussichtlich auf dem Platz in der Karlstraße statt.

Länderkämpfe. Nach dem am 12. August in Dresden stattfindenden Fußball-Länderkampf Deutschland—Finnland begibt sich die finnische Mannschaft nach Wien, wo sie am 15. August gegen Oesterreich antritt.

Um die Boxweltmeisterschaft im Mittelgewicht treffen sich am 21. August im Ring der New Yorker Pologrounds der Titelhalter Johnny Wilson und der Herausforderer Harry Greb. Der Kampf wird von Tom O'Rourke veranstaltet. — Der Weltmeister im Leichtgewicht, Benny Leonard, konnte in Philadelphia Alex Hart nur nach Punkten schlagen.

Battling Siki gegen Erminio Spalla. Am 8. September soll in Mailand der Neger Battling Siki gegen den italienischen Boxchampion Erminio Spalla, Meister von Europa, in die Schranken treten.

Flugzeug-Rennen.

Am kommenden Sonntag wird in Verbindung mit dem Radrennen um den „Großen Preis von Berlin" im deutschen Stadion ein Flugzeugrennen der neuen kleinen Sportflugzeuge abgehalten werden. — Durch dieses Rennen soll der Beweis erbracht werden, daß den kleinen Flugzeugen im Flugsport eine große Zukunft sicher ist. — Das Unter den Linden vor einigen Tagen gelandete Flugzeug des Stahlwerks Mark wird ebenfalls am Wettbewerb teilnehmen. Die glänzende Landung des Flugzeugs hat ja die große Manövrierfähigkeit dieser Art von Flugzeugen, die nur sieben Meter Spannweite haben, zur Genüge bewiesen.

Die zweite Hirschberger Segelflugwoche soll in der Zeit vom 29. September bis 6. Oktober in Hirschberg veranstaltet werden. Zu diesen ersten internen Segelflügen der Schlesiergruppe werden sich eine Anzahl Rhönflieger mit hochwertigen Maschinen einfinden, so daß dem Publikum wesentlich mehr gezeigt werden wird als bei der ersten Veranstaltung. Es ist beabsichtigt, nicht nur Segelflüge, sondern auch einen Wettbewerb der Flugmodelle zu veranstalten. Es soll auch der Versuch gemacht werden, vom Hochgebirge aus Flüge ins Werk zu setzen, wozu die Gegend des Reifträgers in Frage kommt.

Ausländische Börsen und Warenmärkte.

Pariser Börse.

	17. 7.	16. 7.
Staatspapiere.		
3% frz. Rente	55,40	55,37
5% frz. Anl. 16	75,80	75,45
4% frz. Anl. 17	62,10	62,55
5% frz. am. Anl.	89,50	89,80
4% arg. A. 96	22,00	—
4½ arg. A. 11	—	—
4% bras. A. 89	132,56	130,00
4 span. auß. A.	—	—
4% Jap. A. 05	275,00	273,50
5% Jap. A. 07	280,50	265,00
4% Jap. A. 10	216,00	213,00
4½% I. u. 2. russ. cons. A.	21,80	21,65
5% russ. A. 06	25,77	25,40
4% unif. tür. A.	62,05	62,50
Türkenlose	127,50	128,00
Bankaktien.		
B. de France	69,00	69,09
B. de Paris	14,50	14,5-
B. Nat. de Cred.	602,00	605,00
Cred. Lyonn.	1515	1530
C. d'Escompte	998,00	998,00
Crd. Fonc. d. F.	1345	1348
Soc. Générale	714,00	712,00
B. Ottomane	785,00	784,00
Industrieaktien.		
Le Creusot	—	—
Suez-Kanal	9395	9600

	17. 7.	16. 7.
Cie Extr. Orient	652,00	856,00
Raffiner. Say	32,33	31,88
Türk. Tabak	—	1090
Platin	630,00	619,00
Rio Tinto	2702	2678
East Rand	75,00	—
Goldfields	—	—
Modderfont. B.	—	—
Thoms.-Houst	—	885,00
Mozambique	—	—
Randfontein	209,00	—
Rand Mines	128,00	—
Tanganyika	—	125,50
De Beers gew.	10,57	10,53
Petroleumaktien.		
Royal Dutch	223,50	227,00
Shell	281,00	282,00
Mexican Eagle	91,25	91,50
Baku	28,00	28,50
Lianosoff	460,00	479,00
Naphte Russe	390,00	[illegible]
Russian Oil	—	—
Padang	306,00	304,00
Steaua Rom.	485,00	482,00
Potok	600,00	608,00
Franco Polon.	560,00	580,00
Astra Romana	—	—
Utah	102,00	—

Paris, 17. Juli.

	17. 7.	12. 7.
Roggen, Juli	62½	65½
„ Juli Aug.	63	63½
Weizen, Juli	97	97
„ Juli Aug.	91¾	94¾
Mehl, Juli	125¾—26	126
„ Juli Aug.	123¾—5	124¾
Hafer, Juli	73½ 72½	73½
„ Juli Aug.	65—66½	—
Zucker, Juli	279½	273
„ August	278½	265½
„ September	271¼—71	267
Vorräte	292912	306213

Le Havre, 17. Juli.

	17. 7.	12. 7.
Baumw., Juli	622	647
„ August	592	642
„ Septemb.	636	616
„ Oktober	512	419
„ Novemb.	499	496
„ Dezemb.	493	498
Kaffee, Juli	193	181
„ August	194	181
„ Septemb.	171	177
„ Oktober	175	172
„ Novemb.	170½	161
„ Dezemb.	167½	161

Londoner Börse.

	17. 7.	16. 7.
Staats- und Kolonial-Pap.		
2½ Konsols	58¾	58,25
4% Kanada 1940-60	88,00	88,00
3½ Kap. Kons.	80,00	80,00
3½ Natal	80,00	80,00
4% Neuseeland	93,00	93,00
4½ Süd-Austr.	86,00	86,00
4½ West-Aust.	87,00	87,00
Ausländ. Staatspapiere.		
4½ Arg. Res. 86	99,0	99,00
4½ Arg. Res. 09	67,50	67,50
3½ Belg. 1911	66,50	66,50
3½ Buen. Air. (Prov.)	47,50	48,00
4½ Brasil 1911	47,50	46,50
„ 1913	52,50	52,2
4½ Chil. 1896	89,50	89,60
3½ „ 1896	85,00	86
3½ Chin. 1893	80,00	80,50
5% Chin. Gold-anl. 1893	90,00	90,50
5% Chin. 1913	72,00	72,50
5% Columb.	54,00	54,00
Unif. Aegypte	72,50	72,00
5% Franz.	25,75	26¾
4% „ neue	20½	20½
3½ Deutsche	15,6	15,5
4½ Japan 1905	103,00	103
4½ „ 2. Ser.	100,00	99,50
5% „ 1907	90,00	89,50
5% „ 1910	69,00	69
5% Mex. 1890	59,00	60,00
5% Bons	70,00	70
5% Russ. 1906	8,00	8,00
4½% „ 1909	7,00	7
Ausländ. Eisenbahnaktien.		
Antofagasta	81,50	81,00
5% Bras. Deb. Vorz.	15,00	15
Buenos Aires Grt. South.	83,00	83,00
Buenos Aires Grt. West.	78,00	79,50
Zentr. Argent.	11,00	71,50
Mexican. Eisb.	32,00	11,00
Sao Paulo	72,75	136,00
United Rys. Hav.	160,25	72,50
Canadian Pac.	—	161
Southern Pac.	—	—

	17. 7.	16. 7.
Industrieaktien.		
United Steels	8,5	8,6
Central Mining	8½	8½
Chartered	12,6	12,10
East Rand	4,8	4,6
Cons. Goldfield	18,00	18
Goldfields Rhod	6,00	6,3
Modderfont. B.	1½	1¼
Mozambique	6,00	6
Anglo Dutch	34,3	34
Randfontein	18,0	19
Randmines	2¼	2¼
Tanganyika	17,6	17,6
Union Corp.	27,9	27,9
De Beers gew.	13⅝	13⅝
Jagersfontein	3⅝	3⅝
Rio Tinto	34½	34
Rubber Trust	23,9	23,9
Petroleumaktien.		
Anglo Americ.	3⅜	3⅜
Anglo Persian 6% Vorz.	25,6	25
Brit. Burmah Pet.	7,6	7,6
Eag. Tr. Pf. (5)	4¼	4⅝
Mex. Eagle	19,7½	19,4½
North Canca.	[illegible]	[illegible]
Oilsel in Fin.	1,3	1,3
Primer Oil	2,3	2,3
Royal Dutch	29¼	29,25
Scott Americ.	1,4¼	1,4½
Shell Transp.	8½	8
Spies (10 Shar)	3,00	3
Tampico Panuco Pt.	—	—
Tankers L. V.	6,9	6,9
Transv. Oil Sh	2,6	2,6
Trinid. Leaseh.	—	—
United Brit. of Trin.	—	7,9
Ural Caspanian	—	—
Ostasiatische Wechselk.		
Bombay tel. tr.	1.4⅝	1.4⅝
Kalkutta „	1.4⅝	1.4⅝
Hongkong „	2.2¼	2.2¼
Manila „	2.1¾	2.1¾
Shangh. tel. tr.	3.1½	3.1½
Singapore „	2.3⅝	2.3⅝
Yokohama „	2.1⅝	2.1½

New Yorker Effektenbörse, 17. Juli.

	17. 7.	16. 7.		17. 7.	16. 7.
Atchison Top.	99¾	98¾	Pennsylvania	43¾	44
do. pref.	88	87	Reading	71½	71¾
Baltimore	48¾	48¼	St. Louis & S. Fr.	20	19
Canadian Pacific	147½	147¾	Southern	32¾	32¾
Chesapeake	60	59	Southern Pacific	85½	86¾
Chicago Milw.	16½	18¾	Texas Pacific	20	18
do. Rock Island	24½	23¾	Union Pacific	129⅞	130¾
Denv. & Rio Gr.	—	—	Wabash pref.	27¾	27¾
Erie	11¾	11¾	American Can.	90	88¾
Gr. North. pref.	65½	65¾	do. Car & Fndr.	153½	152
Illinois Central	108¾	108	do. Hide & Lth.	—	7
Interbor Cs. Cp.	—	—	do. pref.	8½	38¾
Cans. City and S.	17½	17¾	do. Smelt. & Ref.	55	55
do. pref.	50	50	Anaconda Copp.	40¾	40½
Louisv. & Nashv.	88¾	90¼	Bethlehem Steel	46	45¾
Missouri Kansas	10¾	10¾	Central Leather	20	19¾
Missouri Pacific	11½	—	Internat. Merc. Mar	—	2¾
Nat. R. Mex. 2 pr.	2—3K	2¾K	do. pref.	25¾	25¾
New York Centr.	97½	97¾	Studebaker Corp.	103½	102¾
do. Ont. & West	18	15	Un. Stat. Steel C.	90¾	90¾
Norfolk & West.	104	103¾	do. pref.	117¾	117¾
Northern Pac.	66	65¾	Umsatz:	390 000	300 000

New York, Devisen- u. Geldmarkt.

	17. 7.	16. 7.		17. 7.	16. 7.
Tägl. Geld	4½ %	5 %	Brüssel	4.82	4.85
Berlin	0,0004 G	0,0004½ G	Amsterdam	39.22	39.13
	0,0004½ B	0,0004½ B	Zürich	17.45	17.42
höchster	0,0004½	0,0004½	Kopenhagen	17,45	17,42
niedrigst.	0.0004	0,0004½	Prag	3,00	3.00
London Kabel tr.	4.59,62	4.59.50	Rom	4.29	4.32
Lond. 60 T.	4.56.12	4.56.50	Madrid	14.28	14,30
Paris	5,84	5,84	Silber, ausl.	63	62⅞
			„ inl.	—	—

New York, Produktenmarkt.

	17. 7.	16. 7.		17. 7.	16. 7.
Kaffee loco	11	11	Eisen	26,00	26,00
„ Juli	8,65	8,45	Weissblech	5,62	5,62
„ Sept.	7,60	7,55	Schmalz	12,00	11,82½
„ Dezbr.	7,07	7,01	Talg	6⅞	6⅞
„ März	7,09	7,00	Bw. Saatöl l.	10,62	10,45
„ Mai	7,00	7,00	„ Juli	10,25	10,20
Baumwolle l.	27,35	27,55	Petroleum Cas.	15,40	15,40
„ Juli	26.62	26,70	„ Tanks	5,50	5,50
„ Aug.	25,83	25,55	„ Stand wh.	12,50	12,50
„ Sept.	24,45	24,55	„ Cred. bal.	3,00	3,00
„ Okt.	23,70	23,84	Rohzucker	7,03	7,28
Zufuhr	3 000	4 000	Terpentin	0,94	—,—
Kupfer el.	14½	14½	„ Sav.	0,84½	—,—
Blei	6,00	6,00	Baumw. N. Orl.	26,75	27,—
Zink	6,12	6,15			

	17. 7.	16. 7.		17. 7.	16. 7.
Weizen, rot.	112	112	Mehl, Sp.	5,00-5,50	5,00-5,50
Hardw.	114	113	Getr.-Fr. Engl.	1 sh 4 d	1 sh 5 d
Mais n. Ernte	100¼	99⅞	Kontin.	7 cts.	7 cts.

Chicago, Produktenmarkt.

	17. 7.	16. 7.		17. 7.	16. 7.
Weizen Juli	97½	97	Rippen Juli	8,85	8,85
„ Sept.	96⅝	96⅛	Speck niedr.	8,50	8,50
Mais Juli	83¼	82⅞	„ höchst.	9,37½	9,37½
„ Sept.	75½	74⅞	Leichte Schwein. niedr.	7,00	6,60
Hafer Sept.	34⅞	34	„ höchst.	8,00	7,75
„ Dez.	36¼	35½	Schwere Schwein. niedr.	6,75	6,50
Roggen Juli	61½	61⅞	„ höchst.	7,80	7,75
„ Sept.	63⅞	64	Zufuhr Chicago	28 000	57 000
Schmalz Juli	11,00	10,82½	Zufuhr Westen	120 000	138 000
„ Sept.	11.15	11.00			

Londoner Metallmarkt, 17. Juli. (Schlussnotierungen.) Kupfer per Kasse 63⅞ (64⅛), do. 3 Monate 65⅛ (65⅛), do. Elektrolytic 72½—73 (72½—73), do. Bestselected 68—69½ (68½—70), do. Strongsheets 100/0 (100/0), Zinn per Kasse 177⅞ (178⅛), do. 3 Monate 178⅞ (180⅛), Blei nahe Sichten 24 (24), do. entfernte Sichten 23⅛ (23⅛), Zink nahe Sichten 28⅞ (28⅛), do. entfernte Sichten 29 (28⅞), Aluminium für Inland 115 (115), do. für Ausland 120 (120), Antimon Regulus 34½—35 (34½—35), Weissblech loco 23/1½ (23/1½), Quecksilber 10½ (10½), Nickel für Inland 133 (133), do. für Ausfuhr 133 (133), Wolfram-Erz 13½ (13½), Platin 500 (500), Silber 30⅞ (30⅞), do. auf Lieferung 30⅝ (30⅛), Gold 89/10 (89/5).

Volkswirtschaftlicher Teil.

Mittwoch, den 18. Juli 1923.

Die Diskontpolitik der Reichsbank.

Im „Bankarchiv" äussert sich Dr. H. Möller von der Universität Kiel eingehend zur Diskontpolitik der Reichsbank. Obgleich Verfasser des Artikels die nachteiligen Wirkungen der im Verkehr mit den Banken dem Kredinehmer zufallenden Kreditgewinne nicht verkennt, will er doch den Vorteil nicht verkannt wissen, der in der Erzielung höherer Rentabilität liegt.

Die Entschlusskraft des Produzenten, heisst es, wird durch den bewusst erkannten oder, was häufiger ist, als allgemeinen Unternehmergewinn aufgefassten Kreditgewinn und um die demgemäss hohe geschäftliche Gesamtchance erhöht. Dies ist unter den heute in Deutschland obwaltenden Umständen, d. h. bei der Unsicherheit der Durchführung der Produktion angesichts der Möglichkeit plötzlicher innen- und aussenpolitischer Eingriffe, von grosser Bedeutung. Ein völliger Fortfall des Kreditgewinns kann demgemäss nicht erwünscht sein.

Möller will aber doch den Kreditgewinn zum grössten Teil ausschalten. Die Schwierigkeiten, die sich dem entgegensetzen, verkennt er freilich nicht. Er schreibt u. a.: Wenn beispielsweise während eines Monats eine Geldentwertung um 50 % eintritt, so beträgt der Kreditgewinn bei vollwertiger Sacheindeckung in der gleichen Periode ebenfalls 50 % des Papiergeldbetrages, was einem Jahressatze von 600 % entspricht. Eine Rückvergütung nur der Hälfte des Kreditgewinnes würde also eine Diskontberechnung von 300 % p. a. erforderlich machen. Wenn nun Kreditentgelte von dieser Höhe erhoben werden, so würde allerdings der Abzug eines derartigen Diskontsatzes im voraus nicht in Frage kommen. Denn es bleibt möglich, dass die entsprechenden Geldentwertungen nicht eintreten. Die Kreditnehmer würden damit das Risiko und gegebenenfalls die Tatsache eines Kreditverlustes auf sich zu nehmen haben. Damit zeigt sich, dass die unvorhersehbaren Geldwertverhältnisse heute das Verfahren der nachträglichen Festsetzung des Kreditentgelts erheischen.

Will man in den Rahmen der Diskontpolitik planmässig eine Entwertungsvergütung einfügen, so ist ferner hinsichtlich des Ausmasses dieser Vergütung eine rasche Anpassung an die jeweilige Geldwertbewegung notwendig. Wenn man nach Massgabe dieser Erfordernisse eine veränderte Diskontpolitik mit dem Ziele durchführen wollte, die zu hohen Kreditgewinne durch Rückerstattung an die Reichsbank herabzuschrauben, so wäre der Diskontsatz in kürzeren Perioden, beispielsweise wöchentlich, zu verändern, und zwar derart, dass ein bestimmter Zinssatz jeweils auf den Betrag des Wechsels für die betreffende vergangene Woche zu vergüten wäre.

Die jeweilige Höhe des bei diesem Verfahren zu berechnenden Diskontsatzes würde bestimmt sein einmal durch einen heute ziemlich hohen reinen Diskont, sodann durch eine Entwertungsvergütung. Ist etwa der Geldwert nach Massgabe des Dollarkurses um 10 % zurückgegangen, so wäre ein Teil dieser Entwertung, beispielsweise die Hälfte, somit 5 % des Wechselbetrages, zu erheben. Falls die Entwertung binnen einer Woche geschah, würde ein reiner Diskont von 10 % p. a. um 5 mal 52 oder 260 % p. a. Entwertungsvergütung auf 270 % p. a. zu erhöhen sein. Dieser Satz erscheint exorbitant, zumal eine nicht ungewöhnliche Geldentwertung angenommen und nur zur Hälfte angesetzt worden ist. Die Ziffern erläutern aber nur die Höhe der bei den derzeitigen niedrigen Diskontsätzen erzielbaren und tatsächlich erzielten Kreditgewinne. Statt 260 % p. a. kann man 5 % pro Woche schreiben und den hinzukommenden reinen Diskontsatz ebenfalls auf einen Wochensatz reduzieren.

Wenn — umgekehrt — eine Geldwertsteigerung stattfindet, so muss eine Wertsteigerungsvergütung seitens der Reichsbank in Ansatz gebracht werden, bei der auch die Beschränkung auf teilweises Entgelt Platz greifen kann. Da die Verhinderung einer Geldwertsteigerung wirtschaftlich und währungspolitisch in der Regel erwünscht ist und devisenpolitisch unschwer erzielt werden kann, so würde dieser Wertsteigerungsfall praktisch ohne Bedeutung sein.

Die gesamten Methoden der Ausschaltung eines zu hohen valutarischen Kreditgewinnes, heisst es zum Schluss, sind unvollkommen. Ebenso sicher ist aber, dass, solange die Erscheinung der Geldentwertung vorliegt und ihre umfassenderen Ursachen nicht behoben sind, die Nachteile aus der Entstehung hoher Kreditgewinne bekämpft werden müssen. Zuvörderst ist eine weitere sorgfältige Untersuchung der Einzelheiten des geschilderten Sachverhalts und eine umfassende Prüfung der kreditpolitischen Möglichkeiten erwünscht.

Preiserhöhungen. Der Verein Deutscher Holzbearbeitungsmaschinenfabriken erhöht seine Richtpreise um 50 % für die Zeit vom 15.—21. Juli. — Der Multiplikator für Holzbearbeitungsmaschinen beträgt ab 15. Juli 1700. — Das Steinsalz-Syndikat G. m. b. H., Berlin, hat die Preise für Steinsalz mit Wirkung vom 18. Juli ab um 75 % erhöht. — Der Verband Deutscher Dachpappenfabrikanten hat die folgenden neuen Richtpreise am 17. Juli festgesetzt: a) für Dachpappe mit 80er Rohpappeneinlage 28 000 M., mit 100er 23 500 M., mit 150er 16 500 M., mit 200er 13 000 M. für den qm, b) für Isolierpappe mit 80er Rohpappeneinlage 39 000 M., mit 100er 33 500 Mark, mit 125er 28 000 M. für den qm. Die Preise verstehen sich für waggonweisen Bezug frei Versandstation. Der Verband der Goldleistenfabrikanten Deutschlands E. V. hat die Maigrundpreise 1921 um 321 700 % erhöht. Das bedeutet gegenüber den Preisen vom 30. Juni etwa 20 % Aufschlag. Der Verband deutscher Wirkereien hat laut „Textilwoche" folgende Preiszuschläge festgesetzt: Für Lieferungen auf Januar 1923 auf 800 %, Februar 335 %, März-April 250 %, Mai 200 %, Juni 100 %, Juli 25 %. Im Gebiet der Stoffhandschuhindustrie findet diese Festsetzung der Preiszuschläge keine Anwendung. Die Preiszuschläge für Aufträge aus dem Jahre 1922 bleiben die alten.

Wertbeständige Kapitalsanlage mit wertbeständiger Verzinsung bieten die 5 %igen Deutschen Landeskulturanleihen auf Roggenbasis mit Goldkonvertierungsklausel und Roggenschatzanweisungen, emittiert von der Deutschen Festmark-Bank, Berlin. Wir verweisen auf die Anzeige der Deutschen Festmark-Bank in der heutigen Nummer.

Motoren-Werke Mannheim A.-G. vorm. Benz Abt. stationärer Motorenbau. Die Generalversammlung genehmigte die Vorlage der Verwaltung. Sie billigte insbesondere, dass aus dem Ueberschuss der Bilanz 250 % zur Anschaffung und Verteilung von Lebensmitteln an die Arbeitnehmer, 100 % zu kulturellen Zwecken an verschiedene Hochschulen, zusammen also 350 % gleich 140 Mill. M. vorweg verwendet und nur 250 (20) % gleich 100 Mill. M. als Dividende an die Aktionäre verteilt wurden. Die Grundstücke stehen zu Buch mit 1 400 000 (975 895) M., die übrigen Anlagen mit 10 (10) M., die Vorräte mit (alle folgenden Ziffern in Mill.) 1,309 (37,4) M., die greifbaren Mittel 4,070 (30,1) M., das Aktienkapital einschl. Reserve mit 45 (45) M., die Gläubiger mit 5,232 (20,4) Mark. Die im März zu Angliederungszwecken beschlossene Kapitalserhöhung von nom. 40 um 10 auf 50 kommt in dem Abschluss noch nicht zum Ausdruck, jedoc sind daraus bereits nom. 3 M. Aktien der „Reiherstieg Schiffswerfte und Maschinenfabrik A.-G." in Hamburg ausgetauscht worden und Verhandlungen über weitere Interessengemeinschaften im Gange.

A.-G. für Montanindustrie. Am 4. August d. J. findet die ausserordentliche Generalversammlung statt, in welcher beantragt werden soll, das bisher noch unbedeutende Kapital wesentlich zu erhöhen und eine Dividende von 100 % auf das geringe dividendenberechtigte Kapital vorzuschlagen. Die Geschäfte des Unternehmens sollen sich gut entwickeln, obwohl nicht in Abrede gestellt werden kann, dass der Börsenkurs ganz bedeutend den Verhältnissen vorausgeeilt ist.

Versicherung auf erstes Risiko.

Unterversicherung und Selbstversicherung sind in erschreckender Weise in Deutschland vorherrschend geworden, weil die bisherigen Versicherungen gegenüber der beständigen Preissteigerung völlig versagen. Es ist deshalb begreiflich, dass der Versuch gemacht wird, durch Gold-, Dollar-, Festmark-Versicherung Abhilfe zu schaffen. Alle diese Versicherungsarten haben gegen sich, dass der Versicherungsnehmer die Tragweite und den Umfang seiner Prämienverpflichtung so wenig übersehen kann, wie bei der Gegenseitigkeitsversicherung, die eben deshalb immer mehr verschwindet und bei den gegenwärtigen Milliardenrisiken selbst für die öffentlichen Zwangsversicherungen sehr bedenklich wird. Jede Devisenversicherung, also auch die Dollarversicherung, ist volkswirtschaftlich gefährlich, weil sie den Devisenbedarf steigert und dadurch die Markentwertung verschärft. Für Gold- und Festmarkversicherung ist die Schwierigkeit der Reservenanlage und deren Sicherheit sehr bedenklich. Hier aber werden Prämiensätze nötig sein und in Zukunft erforderlich werden können, welche die Leistungsfähigkeit der Versicherungsnehmer übersteigen. Nur soweit der Versichernde die übernommene Prämie jederzeit selbst zu leisten vermag, ist dieser Ausweg gangbar. Es ist das z. B. der Fall, wenn der Landwirt eine Versicherung nach dem Roggenwert abschliesst.

Einen ganz anderen, bisher wenig beachteten Weg ist der Städtische Hausbesitz Deutschlands bei der Begründung seine Brandnotversicherung gegangen. Man hat die Durchführung der Brandnotversicherung des Zentralverbandes der Haus- und Grundbesitzervereine Deutschlands auf der Grundlage des Prinzips der Versicherung auf erstes Risiko für unmöglich erklärt und einen schnellen Zusammenbruch des Unternehmens vorausgesagt. Statt dessen hat sich diese nunmehr seit über zwei Jahren bestehende Brandnotversicherung sehr günstig entwickelt. Abgesehen von einigen öffentlichen Zwangsversicherungen ist die Brandnotversicherung der Haus- und Grundbesitzervereine jetzt die einzige Versicherung des städtischen Hausbesitzes, die diesen bei allen Preissteigerungen dauernd voll und ohne Umlageverpflichtung schützt. Vor den öffentlichen Versicherungen ergibt sich für den Hausbesitz der Vorteil, dass diese die Prämien nachträglich festsetzen, so dass bei ihnen die Preissteigerungen zu unübersehbaren Belastungen der Versicherten führen können. Das Prinzip der Versicherung auf erstes Risiko unterscheidet sich dadurch von dem bis jetzt bestehenden Versicherungssystem, dass nicht der Gesamtwert der versicherten Gegenstände, sondern statt dessen die wirkliche Schadenshöhe versichert wird. Ist z. B. ein Haus mit 100 Mill. Mark versichert und brennt der Dachstuhl ab, so wird bei den bisherigen Versicherungen festgesetzt, wieviel von dem Gesamtwert des versicherten Hauses auf den Dachstuhl gerechnet war. Angenommen der Dachstuhl hätte 10 % des Hauswertes ausgemacht, so kann höchstens 10 Mill. Mark Entschädigung gezahlt werden, wie gross auch immer der wirkliche Schaden sein mag. Dagegen deckt die Versicherung auf erstes Risiko den Gesamtschaden, also die Wiederherstellungskosten bis zur Höhe der eingegangenen Versicherung, die bei städtischen Häusern eine unbeschränkte sein kann. Industrie und Landwirtschaft haben hier ein Vorbild, wie sie etwa unter Zuhilfenahme von Genossenschaften die Gefahr der Unter- oder Selbstversicherung überwinden können. Der städtische Hausbesitz hat die Brandnotversicherung durch die „Hohenzollern", eine Versicherungsgesellschaf des Hovad-Konzerns zur Ausführung gebracht, weil es sich empfahl, die Kosten und Schwierigkeiten der Begründung eines eigenen Unternehmens zu vermeiden. Jetzt hat die Gesellschaft die Versicherung auf erstes Risiko auch auf die Mobiliarversicherung ausgedehnt.

Dr. O. Arend.

A.-G. Sächsische Webstuhlfabrik, Chemnitz. In der Bilanz der Gesellschaft, die für 1922/23 aus 728,37 (7,36) Mill. M. Reingewinn u. a. 600 % Dividende, Zuweisung von 200 (—) Mill. M. an Wohlfahrtseinrichtungen und von 120 (0,54) Mill. M. an den Arbeiterunterstützungsfonds vorschlägt, werden u. a. ausgewiesen (in Mill. M.): Materialien mit 47,65 (11,18), Erzeugnisse mit 1243,94 (5,34), Wechsel mit 374,84 (4,99), Bankguthaben mit 1727,26 (35,30), Aussenstände mit 1130,90 (9,62), Anzahlungen mit 1510,49 (40,84), Verbindlichkeiten mit 2106,67 (3,34). Die Gesellschaft war im Berichtsjahr in allen Abteilungen voll beschäftigt, doch konnte mengengemäss die Vorkriegsproduktion noch nicht erreicht werden, weil die Leistungen der Giesserei dem Bedarf nicht voll entsprochen haben. Die Gesellschaft ist mit einem für mehrere Monate ausreichenden Auftragsbestande in das neue Geschäftsjahr eingetreten.

Aus dem Konzern Deutscher Eisenhandel A.-G. Die Generalversammlung der Deutscher Schrotthandel A.-G. in Berlin setzte die Dividende für 1922 (erstes Geschäftsjahr) auf 100 % fest und beschloss die Erhöhung des Grundkapitals von 12 auf 100 Mill. M. In den Aufsichtsrat wurden gewählt: Geh. Kommerzienrat Dr. Louis Ravené, Kommerzienrat Dr. Leo Lustig, Kommerzienrat Theodor Frank (Disconto-Gesellschaft), Hans Fürstenberg (Berliner Handels-Gesellschaft), Direktor Friedrich Reinhart (Mitteldeutsche Creditbank), Direktor Heinrich Hahn (Deutscher Eisenhandel A.-G.). Der aus dem Aufsichtsrat ausscheidende Herr Emil Steffen trat wieder in den Vorstand ein und übernimmt mit dem schon bestellten Vorstandsmitglied Dr. Cohn die Leitung der Gesellschaft. Die früheren Gesellschafter der Firma Steffen u. Ries (Vorgängerni der Deutscher Schrotthandel A.-G.), die Herren Daniel Ries und Alfred Wolff, sind endgültig aus der Gesellschaft ausgeschieden. Der Vorstand berichtete über eine gute Entwicklung des Unternehmens und günstige Geschäftsaussichten.

Flexilis - Werke Holzindustrie A.-G., Berlin. Auf Grund des im heutigen Anzeigenteil zur Veröffentlichung gelangenden Prospektes sind im Juli 75 Mill. M. Stammaktien der Gesellschaft zum Handel und zur Notiz an der Berliner Börse zugelassen worden. Die 1916 gegründete Gesellschaft war zunächst als Stahlgiesserei errichtet und ging 1919 zur Holzindustrie über. Das ursprünglich 1,25 Mill. M. betragende Kapital ist auf nunmehr 75 Mill. M. erhöht worden. Die Umsätze betrugen im Geschäftsjahr 1921-22 51,4 Mill. M. und im ersten Semester 1922-23 371,5 Millionen Mark. Der Reingewinn stellte sich per 30. 9. 1922 auf 5,9 Mill. M., die daraus verteilte Dividende auf 25 %, gegenüber 4, 0, 4, 5 % in den Vorjahren. In der Bilanz per 31. 3. 23 (30. 9. 22) betragen u. a. in Mill. M. Warenkonto 564,3 (25,4), Debitoren 92,3 (14,6), Aktienagiokonto 148,7 (0), und Kreditoren 494,6 (18,6). Die Zahl der gegenwärtig beschäftigten Kräfte beträgt etwa 140. Der Geschäftsgang war im laufenden Geschäftsjahr bisher befriedigend, so dass unter dem üblichen Vorbehalt mit einem günstigen Ergebnis gerechnet werden kann.

Deutsche Feuerversicherungs A.-G., Berlin-Schöneberg. Die Generalversammlung setzte von dem verfügbaren Reingewinn von 790 730 M. die Dividende auf 40 % fest. Einer neuen Transportversicherungs - Gesellschaft haben sich die verbündeten Deutsche Volksversicherungs A.-G. und Deutsche Feuerversicherungs A.-G. durch die am 10 d. M. vollzogene Gründung der A.-G. für Transport- und Rückversicherung mit dem Sitze in Berlin angegliedert. Das Aktienkapital in Höhe von 600 Mill. M. ist aus der Gesellschaft nahestehenden Kreisen gezeichnet und bar eingezahlt. Den Vorsitz im Aufsichtsrat hat vorläufig Ministerpräsident a. D. Stegerwald übernommen. Die für die Vermögensverwaltung der Deutschen Volksversicherungs A.-G. und Deutsche Feuerversicherungs A.-G unter der Firma Deutsche Finanz- und Lombard-Gesellschaft m. b. H. bestehende selbständige Verwaltungsstelle wird ihre Tätigkeit auf die neue Transportversicherung ausdehnen. Ihr Stammkapital ist auf 100 Mill. M. erhöht worden.

Berliner Börse vom 18. Juli.

Belebt und fest.

Ueber die Verdoppelung der Börsenumsatzsteuer ist die Börse anscheinend ohne Erregung hinfortgegangen. Der Effektenverkehr war auf allen Gebieten belebt und die Kurse strebten neuerdings nach oben. Die Anregung zu dem weiteren Umwertungsprozess gab die gestrige Berliner Devisensteigerung und der New Yorker Rückgang der Mark. Somit bietet die Börse etwa das gleiche Bild wie an den letzten Tagen, obwohl die Zahl der Börsenbesucher sich infolge der Sommerreisen gelichtet hat. Im Vordergrunde des Interesses standen heute Valutapapiere, weil die Spekulation mit der Fortdauer der hohen Devisenkurse rechnet. Von Industriepapieren fanden Schiffahrtsaktien, schwere Montanwerte und Maschinenfabriken Beachtung.

In erster Linie erwähnen wir Hamburg-Süd, die von 1750 auf 2000 anzogen, später allerdings auf 1950 nachliessen; fest auch Hansa (1100), Nordd. Lloyd (630), Paketfahrt (2050). Am Montanaktienmarkt ergaben sich ebenfalls durchweg weitere Steigerungen: Buderus + 500 (1375), Ilse + 200 (2050), Kattowitzer + 550 (2500), Phönix + 450 (2550), Mannesmann + 200 (2000). Von chemischen Werten waren Oberschles. Kokswerke bevorzugt, + 500 (2200), gesucht auch Scheidemandel + 300 (1700), Riedel + 140 (809), ebenso die Anilinwerte. Elektroaktien lagen ruhiger, auch die Kurssteigerungen dieser Papiere hielten sich in mässigen Grenzen. Maschinenfabriken lagen durchwegs bemerkenswert fest, im Verlaufe erreichten Krauss u. Co. 460, Hartmann Maschinen 700, ferner von Metallwerten Hackethal 535, Vogel Draht 320, von sonstigen Papieren Waldhof Zellstoff 645, Dessauer Gas 540, Phil. Holzmann 315. Petroleumaktien konnten sprunghaft steigen bei lebhaftem Geschäft, Deusche Petroleum 770. Auch am Bankenmarkt ging es verhältnismässig lebhaft zu und es erreichten: B. E. W. 205, Commerzbank 435, Darmstädter 665, Oesterr. Credit 78.

Die Geschäftstätigkeit war heute am Einheitsmarkt wesentlich lebhafter. Bei starken Käufen vornehmlich des Publikums war die Tendenz fest. Es stiegen u. a. in Tausendstel Glauziger Zucker und Niederlausitzer um 350, Stoever Nähmaschinen, Anhalter Kohlen, Eintracht Braunkohle, Fabor Bleistift um je 100, Anton Alfted Lehman um 110.

Amtlich nicht notierte Werte.

Die nachstehende Tabelle enthält die in der Zeit von 12 bis 1½ Uhr genannten höchsten und niedrigsten Kurse.

(In Tausend.)

Adler Kohle	925—1000	Masch. Geisling	450—500
A.G.f.Mont.-Ind.	—	Mon. Treibriem.	85—95
A.G.f.Petr.-Ind.	350—380	Meurer Spritzm.	120—135
Albrecht&Meist.	—	Meyer, Textil	60—65
Alemania Ton	110—120	Muldental	65—70
Allg. Hochbau	150	Müller Kaffee	— ex Bezug
Alth Amb. Film	85—90	National-Film	80—90
Apollo Werke	—	N. Bod. Vorz.	45—46
Bayernw. f. Holz	260—270	Nicolaische Tab.	70—80
Becker Kohle	500—520	Nienburg. Eisen	190—200
Becker Stahl	580—600	Niwei Cigaretten	100—115
Benz	1500 1750	Nordd. Union	240—260
Bln. Hibst-Ind.	160	Oeynhs. Masch.	140 160
Rin.-Nord. Vorz.	24—25	Olea	470
Carl Schmirgel	80—90	Oswald-Film	200—220
Brandbg. Futter	115—130	Pinguin	—
Braunk.u.Chem.	120—130	Peniger M.	—
Brown Boveri	190—220	Phönix Zahnb.	150—160
Butella	—	Pose Leder	190 G
Ceres	— G	Ravené Stahl	— G
Charlbg.-W.Ter.	50 G	J. Roth	255—260
Chem. Hahn	150—160	Ruhland	95—105
Chm. Fbr. Lübbe	340—360	Russ. A. E. G.	130 150
Chem. Schultz	180—190	Schebera	610—620
Chem. Oberkass.	— G	F.A.Schwerdtfg.	135
Christ& Unmack	600	Julius Sichel	410—430
Dauerwäsche	65—75	Oskar Skaller	260—250—260
Dt.Am.Schmirg.	150—150	Spannagel	—
Dtsch.Evaporat.	160—170	& Sievers	135 145
Dtsch. Lastauto	200—220	Stahlwk. Krone	240—260
Dtsche. Petrol.	770—780	Stahlwk. Oese	140 160
do. Webststoff	360—380	Steatit Magnesia	550—570
Dortm. Cement	195—210	Stock & Kopp	— G
Duxer Porzellan	— G	Stoewer Auto	315—325
Elektr. Osmose		Stralauer Glas	ca. 1000
Leder	135—140	Technik A. G.	—
Elitewagen	125—135	Teichgräber	195—200
Flexilis	160—170	Terra Film	130—140
Frauruth. Porz.	700 750	Thüringer Uhren	200—240
Frister & Roßm.	2000 G	Tiag	125—135
Getreide Comm.	—	Trier Walzwerk	800—850
Glückauf	550—530	Tuchscherer	—
Görlitz. Zentrif.	140—150	Ufa	420—430
Grade Auto	115—120	Vema	210—230
Grade-Motoren	150—160	Vera Film	60
Grosskr. Frank.	105—115	Ver. chem. Zeitz	930—950
David Grove	200—220	Vogtländ.&Sohn	— G
Grünwald-Hintz	100—110	Warenkreditbk.	26—27
Gummi Elbe	675 G	Westf. Industrie	205
Hagen u. Roteln	—	Westf. Bergbau	510 G
Max Hasse	90 G	Winkelh. Cogn.	325
Hei icke	110—120	Zehlendorf West	— G
Hochfrequenz	675—725	Adler Kali	925 975
Boubenw.	190 210	Hallesche Kali	855—875
Hünlich Sprit	—	Hannov. Kali	1000—1100
Huttenlocher	75—90	Heldburg Vrz.	2200—2400
indag	ex Bezug	Kaliw. Niedersachsen	525—550
Industrie Bet.	65—800	Kali Steinförde	—
Int. Petrol. Union	4000	Krügershall	625—630
Kabel Rheydt	625	Ronnenberg	—
Karstadt	110—120	Ummend.-Eisl.	415—425
Ker. Elektr. Osm.	100—110	Cie. Hisp. Am. d.	
H. Koch Schiffsw	—	El. 6% arg. Rbs.	30500
Köln-Lindenthal	—	Cie. Hisp. Am. d.	
Kurs. Braunk.	270	El. 6% spn. Rbs.	30000
Lamberts S.	135—145	Cie. Hisp. Am. d.	
Landbank	—	El. Akt. Lit. A	70000—73000
Lerche & Nippert	80—85	Diamond shares	1700—1800
Lichtenbg. Wolle	440—470	Kaoko	275—320
Lindcar Auto	75	Kolonialanteile	—
Bernhard Löhr	—	Pomona	—
Magnet Motor	—	Salitrera	19000—20000
Manoli Zigarett.	70—80	Sloman	1000 1300
Marg. Schröder	—	Südsee-Phosph.	1800
Martins & Bloch	60—65		

Bei ziemlich lebhaftem Geschäft war die Tendenz fest. Erstmalig gehandelt wurden Deutsche Chem. Werke 30—42. Benz stiegen angeblich auf Interessenkäufe um 500. Grosses Interesse bestand ferner für Valutawerte, Oskar Skaller und Ufa. Für Ceres Maschinen und Stock u. Kopp kam mangels Angebot kein Kurs zustande.

Das Bezugsrecht Allgemeine Deutsche Kleinbahn-Gesellschaft A.-G. wird am 25., 27. und 30. Juli notiert. — Das Bezugsrecht Triton-Werke A.-G. (vormals eFrdinand Müller), Hamburg, gelangt am 20. Juli 1923 erstmalig an der Berliner Börse zur Notiz.

Hamburger Börse vom 18. Juli.

In Tausend.

	18. 7	16. 7.		18. 7	16. 7.
D.-Ostafrika-Linie	—	—	Lübeck-Büchener Eisenbahn	1150	—
Hapag	190	170	Hamb. Hochbahn	200	195
H.-Südamerika	2000	1850	Leder Wiemann	—	525
Woermann Linie	—	—	Reih. Schiffsw.	600	470
Flensb. Dampf.-Co.	—	—	Ottens. Eisenw.	600	525
Flensb. v. 1869	—	—	Wandsb. Lederf.	430	330
Verein. Elbesch.	610	575	Winter, Papierf.	205	170
Nordd. Fluss-Dampf. Ges.	—	700	Merck'sche Guano	750	625
Schantungbahn	160	—	C. Bödiker & Co.	110	62
Com. u. Pr. B.	420	[illegible]	Dolberg Masch.	—	—
Darm. u. N.-B.	620	480	Kaoko	—	—
Vereinsbank	420	[illegible]	O. Band.-Plt.	1000	1000
Allg. Elek. Ges.	640	500	do. Genuss	9000	9000
Deutsch-Luxemb.	4100	3000	Jaluit-Ges.	1500	1250
Phönix	2600	2100	do. Genuss	10000	10000
Schuckert	2500	—	Neuguinea	—	—
Alsen Portl.-Zem.	—	—	Otavi Minen. Ant.	3400	3300
Anglo-Continent.	1175	1100	Chocola	6500	[illegible]
Breitenb. Zement	320	[illegible]	Concepcion	—	—
Hemmoor Zement	—	—	Guatemala	500	500
Cuxhaven Hochseefischerei	550	[illegible]	Hanseaten	—	—
Schlink & Co.	—	—	Zentralamer.	225	200
Schwartauer H.	170	155	Usuma	175	175

Frankfurt a. M., 18. 7. (Eigenber.) In ausserordentlich grossem Ausmasse setzte die Börse heute auf allen Märkten ihre Aufwärtsbewegung fort. Von oberschlesischen Werten gewannen vor allem Karo 2180 + 860, von rheinisch-westfälischen Werten namentlich Harpener 5000. Auf dem Chemiemarkt gingen die Kurse bei starker Auslandsnachfrage sprunghaft in die Höhe. Maschinen- und Elektrowerte gewannen relativ weniger. Ungewöhnlich stark gefragt sind nach wie vor süddeutsche Zuckerwerte, deren Kurse von durchschnittlich 450 auf 550 stiegen. Von Schiffahrtswerten sind vor allem Packet gefragt. Valutawerte sind dem höheren Dollarstand entsprechend weiter gefragt. Bagdad II 1950 + 500, Zolltürken 1800 + 425.

Frankfurt a. M., 18. 7. (Erste Kurse.) Griesheim Elektron 870, Metallbank u. Metallurg. Ges. 1100, Hoch- und Tiefbau 215, Wayss u Freytag 430, Brauerei Henninger 300, Gold- und Silber-Scheideanstalt 1050, Adler-Werke Kleyer 310, Holzverkohlungsindustrie 770, Zuckerfabrik Waghäusel 550, Heddernheimer Kupferwerke 380.

Kapitalserhöhungen.

Chemische Fabrik Farwich u. Lübbe, Kommanditgesellschaft auf Aktien, Hamburg, um 300 Mill. M. auf 502,5 Mill. M.

Devisenruhetag.

Die amtliche Notierung von Devisen und Noten fiel heute, entsprechend dem Beschluss des Berliner Börsenvorstandes, aus. Auch für die Ostdevisen wurde eine Notiz nicht festgesetzt. — Die New Yorker Markparität vom 17. Juli berechnet sich auf rund 250 000.

Nach den bei hiesigen Banken vorliegenden Depeschen blieb die Mark heute vormittag an den massgebenden Börsenplätzen fast unverändert: Zürich 0,0023½, Paris 0,070, London 1,1 Mill., Amsterdam 0,010½.

Baseler Mittagskurse, 18. 7. (Eigenbericht.) **Berlin 0,0023—0,0025,** London 26,27—26,31, Paris 33,40—33,50, Prag 17,15 bis 17,25, Agram 6,05—6,15, New York 5,72—5,73, Mailand 24,50—24,60, Holland 224—225, Brüssel 27,60 bis 27,70.

Warenmärkte.

Berliner Produktenbörse, 18. Juli. Amtl. Notierung der Mittagsbörse ab Station Mehl und Kleie brutto einschl. Sack frei Berlin.

für 50 kg	18. 7	für 50 kg	18. 7
Weizen, märk.	700—720000	Weizenkleie	330000—340000
pomm.	—	Roggenkleie	340000—356000
schles.	—	Raps	800000—850000
Roggen, märk.	520—530000	Erbsen Viktoria	1000000—1200000
pomm.	—	Kl. Speise-Erbsen	800000—900000
schles.	—	Futtererbsen	800000—900000
westpr.	—	Peluschken	600000
meckl.	—	Ackerbohnen	480000—500000
Gerste, märk.	580—600000	Wicken	500000—550000
neue	560—570000	Lupinen, blaue	400000—450000
Hafer, märk.	570—580000	gelbe	500000—550000
pomm.	560 565000	Seradella, neue	—
schles.	560—570000	Rapskuchen	450000
Mais, Berlin	—	Leinkuchen	—
Hamburg	610000	Trockenschnitzel	230000—250000
Mehl 70% Weizen	1900—2200000	Torfmelasse	220000—230000
100 kg Rogg.	[illegible]—1800000	Kartoffelflocken	480000 500000

Heu und Stroh. Grosshandelspreise per 50 kg ab märkischer Station für den Berliner Markt: drahtgepr. Roggen- und Weizenstroh 67 000—70 000 Mark, desgl. Haferstroh 54 000—58 000 M., desgl. Gerstenstroh 53 000—56 000 M., Roggenlangstroh 62 000—65 000 M., bindfadengepr. Roggen- und Weizenstroh 61 000—62 000 M., loses Krummstroh 54 000—55 000 M., Häcksel 86 000—90 000 M., handelsübliches Heu, alt 39 000—44 000 M., neu 38 000—40 000 M., gutes Heu, alt 46 000—50 000 M., neu 43 000—48 000 M.

Sämereien. Berlin, 17. 7. (A. u. W. Wissinger.) Rotklee 4 200 000—5 000 000, Schwedenklee 3 200 000—4 000 000, Esparsette 380 000—520 000, Luzerne 2 700 000—3 400 000, engl. Raigras 1 300 000 bis 1 700 000, Serradella 480 000—560 000, Sommerwicken 520 000—590 000, Peluschken 480 000—580 000, blaue Lupinen 420 000—480 000, gelbe Lupinen 490 000—590 000, alles in Mark für 50 kg ab Berlin.

Berliner Metallbörse vom 18. Juli.

Amtl. Preise für 1 kg	18. 7.	6. 7.
Elektrolytkupfer	—	58145
Hüttenrohz. Verb.-Pr.	—	21099,49
Raff. Kupf. (99—99,3 %)	78000—86000	52000 53000
Orig. Hüttenweichblei	33000—36000	20000—21000
Hüttenrohzink, frei	38000—42000	23000—24000
Remelted Platenzink	29000—32000	18000—19500
Hüttenaluminium	—	94000
do. Walzbarren	—	95000
Bankazinn	210000—225000	148000—150000
Hüttenzinn (99 %)	205000—220000	145000—147000
Reinnickel (98—99 %)	140000—150000	95000—97000
Antimon (Regul.) 99 %	31000—33000	20000—21000
Silber 900 fein	5000000—5100000	—

Anfangskurse der fortlaufend notierten Papiere der Berliner Börse vom 18. Juli.

Festverzinsliche Werte.			
Dollar-Schatzanweisungen	—	Chem. v. Heyden	575
Reichsschatz.		Daimler	460
4½ do. 16 IV-V	—	Dessauer Gas	500
4½ do. VI.-IX. Ausgabe	230	Deutsch-Atlant. Telegr.	625
4½ do. fällig 24	140	Deutsch-Luxemburg	3800
5 % Deutsche Reichsanleihe	400	Deutsche Kabelwerke	—
4 % do.	8000	Deutsche Kali	2100
3½ do.	5000	do. Maschinen	405
3 % do.	3800	Deutscher Eisenhandel	—
5 % Pr. St. Sch. 1. 5. 24	—	Drahtlose Uebersee	549
5 % do. 1. 5. 25	—	Dynamit Nobel	640
do. Hibernia	—	Eisenbahn Verkehrsmittel	955
4 % Pr. Sch. ausl.	—	Elberfelder Farben	—
4 % Pr. kons. Anleihe	2900	Elektr. Lieferung	325
3½ % do.	2700	Elektr. Licht u. Kraft	495
3 % do.	5250	Essener Steinkohlen	3700
4 % Bayer. Staats-Anl.	—	Fahlberg List & Co.	975
3½ do.		Feldmühle Papier	380
3 % Mazedon. Gold	—	Felten & Guilleaume	1400
5 % Mexikan. Anl.	4900	Gelsenkirchener Bergwerk	4100
		Gesellsch. f. elektr. Untern.	650
		Goldschmidt	875
[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]

PROSPEKT

über

Mk. 75 000 000 Stammaktien

18 000 Stück über je Mk. 1000.—, Nr. 1—18 000
8 500 Stück über je Mk. 2000.—, Nr. 18 001—26 500
10 000 Stück über je Mk. 4000.—, Nr. 26 501—36 500

der

Flexilis-Werke Holzindustrie-Aktiengesellschaft zu Berlin.

Die Flexilis-Werke Holzindustrie-Aktiengesellschaft mit dem Sitz in Berlin-Wittenau ist als Stahlgiesserei am 12. Dezember 1916 gegründet. Im Juli 1919 wurde der Betrieb in den durch die politischen Umwälzungen stillgelegten [illegible] einen [illegible] für Heeres- und Marinewerke [illegible] nötigten [illegible] durch Beschluss der ordentlichen Generalversammlung [illegible] Gesellschaft [illegible] am 3. Januar d. J. stattgefundenen Generalversammlung die Aenderung der Firma in Flexilis-Werke Holzindustrie-Aktiengesellschaft beschlossen.

Die Gesellschaft besitzt Sägewerksanlagen und Zweigbüros in St. Andreasberg (Harz) und Halsdorf-Wohra (Bez. Kassel). Auf der diesjährigen Generalversammlung vom Januar wurde die Errichtung einer Niederlassung in Danzig, die sich hauptsächlich mit dem Einkauf von Holz aus den Oststaaten befassen soll, beschlossen.

Gegenstand des Unternehmens ist satzungsgemäss:

die Förderung, der Grosshandel, die Einfuhr und Ausfuhr von Erzen und erzhaltigen Produkten, von Holz und Brennmateralien aller Art sowie der Betrieb aller hiermit zusammenhängenden Geschäfte.

Die Gesellschaft kann sich an ähnlichen Unternehmungen beteiligen oder solche erwerben.

Die Gesellschaft betreibt in der Hauptsache den Handel mit Gruben- und Brennholz, die Herstellung von Eisenbahnschwellen und die Aufarbeitung von Wäldern zu Gruben-, Brenn- und Schwellenholz in eigener Regie, sowie auf ihren Sägewerken die Herstellung von Schnittmaterialien aller Art, von Kisten und Kistenteilen.

Das Grundkapital der Gesellschaft, das ursprünglich nom. M. 1 250 000.— betrug, wurde am 3. Februar 1921 auf M. 3 000 000 und am 9. November 1921 auf M. 12 000 000.— erhöht. Die neuen Aktien wurden zum Kurse von 115 % von einem unter Führung der Bankhäuser Jarislowsky & Co. — A. Falkenburger & Co. stehenden Konsortium übernommen mit der Verpflichtung, dieselben den Inhabern der alten Aktien zum Kurse von 120 % im Verhältnis von 1 : 3 anzubieten.

Zur Verstärkung der Betriebsmittel wurde in der Generalversammlung vom 27. April 1922 das Aktienkapital um M. 6 000 000.— erhöht, die ebenfalls dem vorgenannten Bankenkonsortium zum Kurse von 125 % überlassen wurden. Hiervon wurden Mark 4 000 000.— den Inhabern der alten Aktien zum Kurse von 145 % im Verhältnis von 3 : 1 zum Bezuge angeboten, während M. 2 000 000.— für Rechnung der Gesellschaft verwertet wurden und der hierbei erzielte Gewinn dem Reservefonds zugeführt worden ist. Die Generalversammlung vom 22. Februar 1923 beschloss zur weiteren Verstärkung der Betriebsmittel die Erhöhung des Grundkapitals um M. 57 000 000.— auf M. 75 000 000.— durch Ausgabe von 8500 Stück auf den Inhaber lautende Stammaktien zu je M. 2000.— Nennwert und 10 000 Stück auf den Inhaber lautende Stammaktien zu je M. 4000.— mit Gewinnanteilberechtigung vom 1. Oktober 1922 ab. Die neuen Aktien wurden gleichfalls dem genannten Bankenkonsortium zum Kurse von 400 % überlassen, das einen Teilbetrag von M. 36 000 000.— den Besitzern der alten Aktien zum Kurse von 485 % zuzüglich 142 % Bezugsrechtsteuer = 627 % im Verhältnis von 1 : 2 zum Bezuge angeboten hat; der dem Konsortium verbliebene Restbetrag von M. 21 000 000.— ist zum Teil im Interesse der Gesellschaft bereits bestens verwertet, zum Teil soll die Verwertung noch stattfinden. An dem Gewinne hieraus ist die Gesellschaft auf M. 7 000 000.— zu 75 %, auf 14 000 000.— zu 65 % beteiligt, der bestimmungsgemäss dem Reservefonds zugeführt wird. Die Kosten dieser Kapitalserhöhung trägt das Konsortium bis zu einer Höhe von M. 20 000 000.—. Das voll eingezahlte Grundkapital der Gesellschaft beträgt nunmehr M. 75 000 000.—. Es ist eingeteilt in

18 000 Stück auf den Inhaber lautende Stammaktien über je nom. M. 1000.— mit den Nummern 1—18 000,
8500 Stück über je nom. M. 2000.— mit den Nummern 18 001—26 500,
10 000 Stück über je nom. M. 4000.— mit den Nummern 26 501—36 500;

sie sind mit den faksimilierten Unterschriften des Vorstands und des Vorsitzenden des Aufsichtsrats ausgefertigt. Die Nummern 1—18 000 tragen ferner die eigenhändige Unterschrift eines Kontrollbeamten und sind — unter der Firma Flexilis-Werke Aktiengesellschaft ausgegeben — mit dem Ueberdruck: „Gemäss Generalversammlungsbeschluss vom 3. Januar 1923 Firma geändert in Flexilis-Werke Holzindustrie-Aktiengesellschaft" versehen, während die Nummern 18 001—36 500 bereits unter der jetzigen Firma: Flexilis-Werke Holzindustrie-Aktiengesellschaft ausgefertigt sind.

Die Einziehung (Amortisation) von Aktien kann sowohl mittels Ankaufs als auch durch Auslosung erfolgen. Die Art der Einziehung bestimmt die Generalversammlung. Zulässig ist nur die Einziehung von höchstens einem Drittel der Aktien jährlich. Die Auszahlung darf nur aus dem Reingewinn erfolgen.

Der **Vorstand** besteht zurzeit aus den Herren: Direktor Hans Tichauer und Direktor Berthold Wienskowitz in Berlin.

Der von der Generalversammlung zu wählende **Aufsichtsrat** besteht zurzeit aus den Herren: Bankier Jacques Krako in Firma A. Falkenburger & Co., Berlin, Vorsitzender, Bankier Alfred Jarislowsky in Firma Jarislowsky & Co., Berlin, stellvertretender Vorsitzender, Bankier Albert Wolff in Firma Louis Wolff, Hamburg, Kaufmann Gustav Jonatha in Firma Gustav Jonatha, Berlin, Bankier Emil Herz in Firma Herz & Meinberg, Berlin, Rittergutsbesitzer Christian Graf Rantzau, Rastorf bei Preetz-Holstein, Grossgrundbesitzer Baron Carl von Scharfenberg, Berlin-Wannsee, Dr. jr. Lutz Kneller, Berlin, Bankier Hermann Müller in Firma A. H. Müller, Northeim.

Das **Geschäftsjahr** läuft vom 1. Oktober jeden Jahres bis zum 30. September des folgenden Jahres.

Die **Generalversammlungen** finden am Sitz der Gesellschaft oder in einem anderen Orte Deutschlands statt.

Die **Bekanntmachungen** erfolgen im Deutschen Reichsanzeiger, werden jedoch von der Gesellschaft ausserdem in zwei Berliner Tageszeitungen veröffentlicht.

Von dem bilanzmässigen Reingewinn sind mindestens fünf Prozent dem Reservefonds so lange zu überweisen, als derselbe den zehnten Teil des Grundkapitals nicht erreicht hat und sich nicht auf dieser Höhe hält,
von dem alsdann verbleibenden Reingewinn sind bis zu fünf Prozent auf das eingezahlte Grundkapital als erste Dividende an die Aktionäre auszuzahlen,
von dem übrigen Gewinn erhält der Aufsichtsrat zehn Prozent Gewinnbeteiligung, auf welche die satzungsgemäss gewährte und als Verwaltungskosten zu buchende feste Vergütung von M. 50 000.— für jedes Mitglied und M. 100 000.— für den Vorsitzenden anzurechnen ist,
der sodann noch verbleibende Ueberschuss steht zur Verfügung der Generalversammlung.

Die Tantiemesteuer trägt die Gesellschaft.

Die Gesellschaft verpflichtet sich, in Berlin eine Stelle zu unterhalten und jeweilig bekanntzugeben, bei der die **Auszahlung der Gewinnanteile,** die Ausgabe neuer Gewinnanteilscheinbogen, die Ausübung von Bezugsrechten, die Hinterlegung von Aktien zwecks Teilnahme an den Generalversammlungen sowie alle sonstigen von der Generalversammlung beschlossenen, die Aktienurkunden betreffenden Massnahmen kostenfrei bewirkt werden können.

Die **Umsätze** betrugen:
Geschäftsjahr 1920/21 nach Umstellung des Betriebes auf Holzindustrie
Februar — September 1921 . . M. 2 458 875.—
Geschäftsjahr 1921/22 . . . . M. 51 373 762.—
„ 1922/23, I. Semester . M. 371 464 959.—

Die **Bilanz** und das **Gewinn- und Verlust-Konto** per 30. September 1922 sowie der **Bilanzstatus** per 31. März 1923 lauten:

Bilanz am 30. September 1922.

Aktiva.		M. Pf.	Status per 31. III. 23 M. Pf.
Kassa-Konto		36 890 8[illegible]	2 686 990 61
Bank-Konto		4 243 623 9[illegible]	95 832 782 08
Postscheck-Konto		7 221 8[illegible]	593 832 06
Kautions-Konto		3 600 —	6 600 —
Waren-Konto¹)		25 383 448 2[illegible]	schätzungsweise 564 253 124 —
Beteiligungs-Konto²)		60 000 —	115 000 —
Kontokorrent-Konto (Debitoren)³)		14 554 064 4[illegible]	92 333 026 47
Effekten-Konto⁴)		15 323 —	15 323 —
Wechsel-Konto		700 000 —	
Aval-Konto⁵)	M 11 001 227.—		158 141 012 —
Inventar-Konto:⁶) Bestand	69 305.—		
Zugang	199 628.20		
	268 933.20		
Abschreibung	268 930.20	3 —	584 283 —
Werkzeug-Konto:⁶) Bestand	2 599.—		
Zugang	69 309.23		
	71 908.23		
Abschreibung	71 905.23	3 —	124 477 —
Grundstücks-Konto:⁶) Bestand	—.—		
Zugang	490 017.70		
	490 017.70		
Abschreibung	10 017.70	480 000 —	662 000 —
Gebäude-Konto:⁶) Bestand	—.—		
Zugang	3 369 726.53		
	3 369 726.53		
Abschreibung	719 726.53	2 650 000 —	18 379 563 —
Maschinen-Konto:⁶) Bestand	—.—		
Zugang	3 115 606.70		
	3 115 606.70		
Abschreibung	778 606.70	2 337 000 —	2 357 020 —
Fuhrpark-Konto:⁶) Bestand	—.—		
Zugang	480 216.—		
	480 216.—		
Abschreibung	480 213.—	3 —	6 185 495 —
		50 471 181 27	

Passiva.		M. Pf.	Status per 31. III. 23 M. Pf.
Aktienkapit.-Kto.		18 000 000 —	75 000 000 —
Reservefds.-Kto.		1 725 842 55	1 800 000 —
Aktien-Agio-Kto.			148 664 410 —
Reservefds.-Kt. II			500 000 —
Rücklage-Kto. für Erneuerungsscheine		13 750 —	35 000 —
Dividend.-Konto		8 690 —	
Divid.-Kto. (nicht abgehobene)			892 805 —
Kontokorrent-Kt. (Kreditoren)		18 605 837 98	494 608 563 —
Hypotheken-Kto.		200 000 —	200 000 —
Konto alter Rechnung⁷)		6 044 005 —	
Kto. alter Rechnung (Steuern)			1 383 048 —
Aval-Konto⁵)	M 11 001 227.—		158 141 012 —
Gewinn: Reservefonds I	M 74 157.45		
Vordivid. 5 % von M 18 000 000	900 000.—		
Rücklage f. Erneuerungsscheine	21 250.—		
Reservefonds II	500 000.—		
Aufsichtsrat	400 000.—		
20 % Super-Dividende	3 600 000.—		
Vortrag auf neue Rechnung	377 648.29	5 873 055 74	
		50 471 181 27	

¹) Rundholz M 19 955 244,30, Fertigfabrikate Mark 5 428 203,90.
²) 60 prozentige Beteiligung an der Holz- und Schwellenvertriebsgesellschaft m. b. H., Berlin.
³) Darunter M 2 338 918,71 Forderung an die Holz- und Schwellenvertriebsgesellschaft m. b. H., Berlin.
⁴) Mündelsicher.
⁵) Das **Aval-Konto** enthält folgende Positionen:
M 3 250 000 Sicherheitshypothek und Sicherheitswechsel zugunsten der Gesellschaft zur Erfüllung eines Lieferungsvertrages.
M 7 128 227 Bankbürgschaften für gestundete Holzkaufgelder.
M 623 000 Bankbürgschaften für übernommene Lieferungen an Behörden.
⁶) Die vor der im Jahre 1921 erfolgten Umstellung auf Holzindustrie vorhanden gewesenen Vermögenswerte sind im Geschäftsjahr 1919/20 veräussert worden; vorstehende Bilanz weist nur Neuanschaffungen auf.
⁷) Rückstellungen für noch nicht gezahlte Löhne, Steuern, Tantieme an Vorstand und Beamte.
⁸) Darunter Anzahlungen Eisenbahn-Zentralamt M 247 500 000.—.

Gewinn- und Verlust-Rechnung.

Soll.	M. Pf.	Haben.	M. Pf.
Allgemeine Unkosten¹)	16 736 575 41	Gewinn-Vortrag	27 114 50
Abschreibungen	2 329 399 36	Roh-Gewinn²)	24 911 916 01
Reingewinn	5 873 055 74		
	24 939 030 51		24 939 030 51

¹) Hiervon M 2 482 048.— laufende Steuern.

²) Der Gewinnanteil aus Beteiligung an der Holz- und Schwellenvertriebsgesellschaft m. b. H. in Höhe von M 559 367.— ist in vorstehender Gewinn- und Verlustrechnung noch nicht enthalten.

Die **Werkanlagen in St. Andreasberg (Harz),** die im Dezember 1921 von der Firma Gustav Schorse übernommen worden sind, befinden sich auf einem am Bahnhof St. Andreasberg-Silberhütte gelegenen Grundstück von 4 ha 95 ar 68 qm Grundfläche, von welcher 1745 qm bebaut sind, und umfassen ausser dem Verwaltungsgebäude und Wohnhaus für den Fabrikleiter die Fabrik und Gattergebäude, das Kessel- und Turbinenhaus sowie die Lagergebäude. Das Werk ist in dem Jahre 1920/21 neu erbaut, verfügt über Dampf- (125/145 PS) und Wasserkraft (30 PS) und ist mit den neuesten Maschinen ausgerüstet. Ausser vier Vollgattern sind die für die Weiterverarbeitung erforderlichen Maschinen wie Kreissägen, Formatsägen, Kappsägen, Dicktenhobel, Fügemaschine sowie eine Exhaustoranlage vorhanden. Die Beleuchtung ist durchweg elektrisch aus eigener Stromanlage. Das Werk stellt in der Hauptsache Schnittmaterial und Kisten her.

Das zu **Halsdorf-Wohra, Kreis Kirchhain (Bezirk Kassel)** an der Bahnstrecke Kassel-Frankfurt a. Main in waldreicher Gegend unter eigener Leitung erbaute Werk ist im Juni 1922 in Betrieb genommen worden. Das Werkgrundstück ist 9106 qm gross, wovon 1203 qm bebaut sind. Die Werkanlagen umfassen ein massiv erbautes Fabrik- und Gattergebäude mit Verwaltungsräumen, das Beamtenwohnhaus sowie Lager- und Trockengebäude. Das Werk verfügt über eine Dampfkraft von (80/110 PS). Es besitzt zwei Vollgatter, Horizontalgatter, Kreis-, Pendel- und Bandsägen, sowie Hobel-, Nut- und Spundmaschinen. Auf dem Grundstück ruht eine Hypothek von M. 200 000.—, die mit 5 % verzinslich und bis 30. Juni 1932 unkündbar ist; alsdann besteht für beide Teile vierteljährliche Kündigung. Das Werk stellt hauptsächlich Schnittmaterial her, ist aber auch für Lohnschnitt eingerichtet.

An Dividende hat die Gesellschaft bisher gezahlt:
1917/18 auf ein Aktienkapital von M 1 250 000.— 4 %
1918/19 „ „ „ M 1 250 000.— 0 %
1919/20 „ „ „ M 1 250 000.— 4 %
1920/21 „ „ „ M 3 000 000.— 5 %
1921/22 „ „ „ M 18 000 000.— 25 %

Die Zahl der gegenwärtig beschäftigten Arbeiter und Beamten beträgt etwa 140.

Der bisherige Verlauf des gegenwärtigen Geschäftsjahres war befriedigend, so dass mit allen durch die gegenwärtigen Zeitverhältnisse bedingten Vorbehalten mit einem günstigen Ergebnis gerechnet werden kann.

Berlin, im Juli 1923.

Flexilis-Werke Holzindustrie-Aktiengesellschaft.

Tichauer. Wienskowitz.

Auf Grund vorstehenden Prospektes sind

Mk. 75 000 000 Aktien

18 000 Stück zu je Mk. 1000.—, Nr. 1—18 000,
8 500 Stück zu je Mk. 2000.—, Nr. 18 001—26 500,
10 000 Stück zu je Mk. 4000.—, Nr. 26 501—36 500

der

Flexilis-Werke, Holzindustrie-Aktiengesellschaft, Berlin

zum Handel und zur Notierung an der Berliner Börse zugelassen.

Berlin, im Juli 1923.

Jarislowsky & Co.

Verantwortlich für die Redaktion: Dr. Hans Simon, für den Volkswirtschaftl. Teil: J. V.: Gustav Wehnert, für den Anzeigenteil u. Geschäftl. Mitt. W. Märrle. Verlag: [illegible] & Co. Druck: Norddeutsche Buchdruckerei und Verlagsanstalt A.-G., sämtlich Berlin, Wilhelmstr. 30-32